

## Teilnehmende Beobachter (Teil II)

### MfS, Verfassungsschutz, SED, KPD und die 68er Revolte

Jochen Stadt

Wie in Teil I (ZdF 42) angekündigt geht es in dieser Ausgabe um eine andere Gruppe von Beteiligten in der Neuen Linken, die sich im Sinne der SED-Politik engagierten. Einer von ihnen war der West-Berliner Philosophie-Professor Friedrich Tomberg, Mitarbeiter in der marxistischen Zeitschrift *Das Argument*. Er behauptet vor einigen Jahren in einer Arte-Dokumentation treuherzig, aus Sorge vor einem dritten Weltkrieg habe er mit der Stasi kooperiert. Auf seiner Homepage ist er etwas ehrlicher, dort bezeichnet er sich selbst als „Schläfer“, auf den künftige Aufgaben warteten.

Am 27. März 1962 legte der MfS-Offizier Roland Herrmann, Mitarbeiter der HV A-Abteilung V, eine Erfassungskarte zu einem „Philosoph.-Assistent“ namens Friedrich Tomberg, Jg. 1932, an. In der elektronischen Datenbank (SIRA) findet sich Tombergs Registrierung unter dem 5. Dezember 1962 mit Decknamen „Alfons“ und der Registriernummer XV/5434/62 als „IM-Vorgang mit Arbeitsakte“. Die wenigen Einträge in der Datenbank, die Tombergs Registriernummer zugeordnet sind, weisen auf verschiedene Sachverhalte aus Tombergs Umfeld hin. So etwa die unter der Kennung „Berichtsform“ eingetragenen: „Situation Plan sozialistische Partei, zur Situation in der Westberliner Zeitschrift *das Argument*“, „Sitzung der BDWI-Sektion Westberlin“, „Tagung Christen für den Sozialismus“, „Beziehungen Institution (Institut f. Marx Studien“; aber auch: „Pläne katholischer Kreise gegen die DDR“ und als „dokumentarisch“ eingestuft „BRD-Regierung BMFT Ausschusz Beratungsgremium Forschungspolitik“.<sup>1</sup>

Als der Stasi-Überläufer Werner Stiller im Januar 1979 mit einer Liste von inoffiziellen MfS-Mitarbeitern der HV A in den Westen kam, floh Friedrich Tomberg Hals über Kopf nach Ost-Berlin. In der Stasi-Kartei ist der Vorgang durch die Spionageabwehr des MfS als „gegnerischer Abwehrfall“ klassifiziert und mit dem handschriftlichen Hinweis „ehem. Prof WB Hochschule erf. HV A/VII/4“ versehen worden.<sup>2</sup> Die Experten für Funk- und Telefonüberwachung des MfS meldeten am 17. Februar 1979: „Am Morgen des 15.02.1979 fand eine Konsultation zwischen dem Mitarbeiter der ‚Koordinierungsgruppe‘ bei der Abteilung Staatsschutz (ST I - Landesverrat) des BKA Bonn, erster Kriminalhauptkommissar (eKHK) Federau, Nikolaus, wh: [es folgt Angabe der genauen Adresse und privaten Telefonnummer], Tel. dienstlich: Bonn 352041, App.: 2681 und 2719 sowie Bonn 379399 (liegt in der Abt. XII ein für HV A) und dem Leiter des 2. Kommissariats der Direktion Verbrechensbekämpfung, Referat Kriminalpolizeilicher Staatsschutz, Inspektion Landesverrat (Dir. VB S I/2) des Polizeipräsidiums West-Berlin Butzin, Klaus, geb. [es folgt Privatadresse] Tel. dienstlich: 699 App.: 2523 und 2525 (liegt in der Abt. XII ein für BV Berlin, Abt. VII) statt.“ Das Gespräch habe sich um mehrere Positionen aus der Liste Stillers gedreht. Es werde vom Gegner zu einer Person mit Deckname „Alfons“ ermittelt. In diesem Zusammenhang sei auch ein Hinweis auf den West-Berliner Philosophieprofessor Friedrich Tomberg erfolgt, wohnhaft gewesen

---

1 Gemeint ist das DKP-Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt am Main, dessen Leiter, der DKP-Funktionär Josef Schleifstein, namentlich erwähnt wird. BStU, MfS, HV A/MD3, SIRA-TDB 12, RGNR= XV/534/62.

2 BStU, MfS, HA II/AKG- VSH Nr. 022434.

in West-Berlin, Rohrweistraße 27, erf. für HV A Abt XIII/4, dem laut Medienmeldungen vom 14. Februar die Flucht in die DDR geglückt sei.<sup>3</sup>

Der „Abwehrfall“ Tomberg lehrte schon kurz nach seiner Ankunft im gelobten Land ab 1979 an der Universität Jena Philosophie und übernahm 1987 die Leitung der Abteilung Geschichte der Philosophie im Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR. Am 20. Januar 1988 beendete das MfS die „aktive Erfassung“ Tombergs und gab den Vorgang als „Gespernte Ablage“ ins Archiv.<sup>4</sup> Die darin enthaltenen Unterlagen vernichtete die HV A nach der friedlichen Revolution von 1989 in den Monaten des Systemzusammenbruchs unter der Modrow-Regierung. Deswegen lassen sich die Inhalte der angeblich von Tomberg gelieferten Berichte nicht beurteilen. Die laut SIRA-Datenbank von ihm namentlich erwähnten Personen gehörten mit wenigen Ausnahmen zum Kreis derer, die damals weithin öffentlich bekannt waren.

Tomberg beschreibt auf seiner Internetseite die Geschichte seiner Zusammenarbeit mit der Stasi folgendermaßen: „In den Jahren vor dem Bau der Berliner Mauer 1961 verstärkte sich, insbesondere in Westberlin, von Monat zu Monat die Furcht vor dem Ausbruch eines Dritten Weltkrieges. Damals Doktorand an der Freien Universität Berlin, gehörte ich zu jenen jungen Leuten, die es nicht mehr aushielten, der kommenden Katastrophe, die West und Ost gleichermaßen betreffen würde, nur hilflos entgegen zu starren. Ein Ausweg schien allein möglich, wenn die einander feindlich gegenüberstehenden Seiten miteinander ins Gespräch gelangten, statt die Propaganda gegeneinander aufzuheizen. Zusammen mit einigen Freunden suchte ich deshalb Kontakt zu Studenten und Studentinnen der Humboldt-Universität in Ostberlin aufzunehmen, um wenigstens nicht untätig zu sein und ein ganz klein wenig zur Entspannung der Lage beizutragen. Ein Diskussionskreis, für den wir staatliche Aufmerksamkeit in Kauf nehmen mussten, bildete sich, der sich bald wieder verlief. Am Ende blieb für mich das gelegentliche Zusammentreffen mit einem jungen Mann, von dem ich lernte, meine, einem Philosophiestudenten eigene Naivität in politischen Dingen abzulegen und sowohl das weltpolitische Machtspiel wie auch die internen Schwierigkeiten der DDR wenigstens ansatzweise zu begreifen. Umgekehrt konnte ich meinem Gesprächspartner ein Bild vom Westen, dem ich mich selbstredend zugehörig fühlte, vermitteln, das sehr von dem abstach, was die ideologische Infiltration sogar in einem so klugen, realistisch denkenden Menschen hervorgerufen hatte. Irgendwann zwischen Bau der Mauer und Studentenbewegung wurde mir klar, dass ich in meinem Kompagnon nicht einen Studenten vor mir hatte, sondern einen Vertreter des Staates, so unklar meine Vorstellungen auch noch von dem waren, was unter „Stasi“ zu verstehen war. Vielleicht wäre damals noch die Zeit gewesen, den Kontakt abubrechen. Aber aus verschiedenen Gründen reizte es mich, das Spiel, in das ich nun einmal geraten war, weiterzuspielen. Von früher Jugend an hatte ich die fixe und dazu anmaßende Idee, man müsse die bekanntlich ungebildeten Barbaren im Osten an die westlichen Vorstellungen von Freiheit und Humanität heranführen, um ihre Aggressivität gegen den Westen zugunsten freundschaftlicher Beziehungen abzubauen.“

Viele Jahre sei dann nichts weiter geschehen, „als die Zwiegespräche mit Dieter, wie ich meinen Partner hier einmal nennen will, bis dieser eines Tages mit mir in eine völlig menschenleere Landschaft hinausfuhr, und mir im Auto einen ein– zwei Seiten langen Text vorlegte, den ich bitte unterschreiben möchte. Mit einem Mal begriff ich, dass ich

---

3 MfS, Abt. III: Meldung vom 17. Februar 1979: Gegnerische Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Verrat des Stiller, Werner. BStU, ZA, MfS - HA II Nr. 44405.

<sup>4</sup> BStU, MfS, HV A/MD6, SIRA-TDB 21, RGNR= XV/534/62.

in die Hände der berüchtigten Stasi geraten war. Ich verfiel an diesem einsamen Ort, eingesperrt ins Auto, in einen hysterischen Angstzustand, in dem ich mir einbildete, dass es hier um Tod oder Leben gehen könne. Hastig überflog ich den Text und bekam so viel mit, dass er außer einem Bekenntnis zum (doch wohl „historischen“) Materialismus im Kern die Willenserklärung zur Achtung der DDR-Gesetze enthielt. Das beruhigte mich, da ich einsah, dass es von Seiten dieses Staates einer gewissen Absicherung bedurfte, und so unterschrieb ich. Heute vermute ich, dass zwischen den Zeilen die bekannte IM-Verpflichtung versteckt gewesen sein könnte. Da ich sie bewusst nicht abgegeben hatte, existierte sie auch im weiteren für mich nicht.“ Auch von seiner SED-Mitgliedschaft, zu der er „etwa 1975 gedrängt wurde“ will er nichts gewusst haben, bis er „1979 in der DDR nachträglich als Parteimitglied seit 1975 oder 76“ eingetragen wurde. Das sei seitens des MfS zu seinem Schutz geschehen, „denn es gab in Jena Genossen, und vor allem eine Genossin, nämlich die Parteivorsitzende dort, die sehr geneigt waren, dem angekündigten bürgerlichen Wissenschaftler, der, wie geraunt wurde, nur für Geld ‚operiert‘ hatte, das Leben schwer zu machen“. Als man ihm hinter vorgehaltener Hand gar gedroht habe, er werde sich „bald in Bautzen wiederfinden“, sei er 1987 „schließlich hinter die schützenden Mauern der Akademie der Wissenschaften in der DDR-Hauptstadt“ geflohen. Das MfS habe ihn wohl als „Schläfer“ für den Fall der Besetzung und Übernahme West-Berlins durch die Sowjets und die DDR vorgesehen, behauptet Tomberg. „Dann waren nach alter Methode Spitzenpositionen mit angesehenen Bürgerlichen zu besetzen, die sich aus dem Hintergrund von Kommunisten steuern ließen. Für eine solche Position schein ich langfristig vorgesehen gewesen zu sein.“<sup>5</sup>

Liest man indes die damaligen Ausgaben der Zeitschrift *Das Argument*, so kann man über Tombergs Selbststilisierung zum „angesehenen Bürgerlichen“ nur staunen. In der Ausgabe 31 von *Das Argument* erschien 1964 Tombergs Beitrag „Autoritäre Erziehung unter dem Mantel der Freiheit“. Darin meinte er, die bolschewistische Machtergreifung von 1917 führe in Analogie zur Französischen Revolution zum Untergang der alten Gesellschaftsformation. Die Bolschewiki hätten somit den Anfang vom Ende des Kapitalismus eingeleitet. Es drohe, wie einstmals dem Adeligen der Bourgeois, so jetzt dem Bürger der Proletarier seine Privilegien wegzunehmen. Denn es habe doch „eine einzige Revolution in einem einzigen Land den Einsturz der feudalen Herrschaft in fast ganz Europa unabwendbar gemacht, und zwar oft durch Umwandlungen, die in ihrer Verschachtelung von restaurativer und progressiver Aktion kaum als Revolutionen bewußt sind — bis hin zu der winzigen deutschen Halbheit nach dem ersten Weltkrieg? Wenn nun auch die Große Russische Revolution ein solcher Markstein wäre, hinter den es kein Zurück mehr gibt, wenn dies nun schon die von den einen gefürchtete, von den anderen immer noch erhoffte Weltrevolution gewesen wäre — eine Revolution zwar nicht in der ganzen Welt, aber für die ganze Welt, als Vorschrift ihrer Entwicklung? Zwar folgte auf die Russische Revolution nicht unmittelbar die prophezeite freie Assoziation freier Individuen, aber auch die Französische Revolution endete, nach blutigen Zeiten des Schreckenregiments, in der Alleinherrschaft Napoleons, was nicht hinderte, daß z. B. der Grund zu einer bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland von eben diesem Napoleon gelegt wurde.“<sup>6</sup>

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Truppen des Warschauer Paktes kam es dem „bürgerlichen Wissenschaftler“ Tomberg im Editorial der Nr. 48/1968

---

<sup>5</sup> Tomberg, Friedrich: Korrektur einer Legende. <http://friedrich-tomberg.npage.de/vita.html>. Hier findet sich der gesamte Text mit allerlei weiteren Ausflüchten und Augenwischereien.

<sup>6</sup> Tomberg, Friedrich: Autoritäre Erziehung unter dem Mantel der Freiheit, in: *Das Argument* 31/1964.

der Zeitschrift *Das Argument* darauf an, den „Kalten Krieg“ als das eigentliche Verantwortungsphänomen zu bemühen. „Allein von der Analyse seines Wesens und seiner Gesetzmäßigkeiten her fällt Licht auf den Prager Konflikt sowohl als auf dessen ideologische und propagandistische Ausbeutung im Westen. Auch der Kalte Krieg ist Krieg. Es sind primär nicht der sogenannte Westen hier und der sogenannte Osten dort, die miteinander im Kampf stehen, sondern kapitalistische und sozialistische, demokratische etc. Kräfte. Aber beide haben ihr Machtzentrum in einem bestimmten Staatensystem, und so hat die soziale Auseinandersetzung im Nachkriegseuropa vorrangig die Form einer Rivalität zwischen den ‚Blöcken‘ angenommen. Das Interesse des bloßen Überlebens gebietet allen Beteiligten, diese Rivalität nicht in eine militärische Auseinandersetzung übergehen zu lassen. Der in sich widervernünftige Kapitalismus hat sich diesem elementaren Gebot der Vernunft fügen müssen. Er hat die Wandlung des Kalten Krieges von einer Übergangsphase zwischen zwei heißen Kriegen zur friedlichen Koexistenz hinnehmen müssen. Deren oberste Spielregel lautet: Anerkennung des Status quo in Europa. Diese Regel wird nur noch von der BRD offen boykottiert. Ein Staat, der die unerläßlichen Vorbedingungen der friedlichen Koexistenz nicht achtet, handhabt damit aber den Kalten Krieg doch wieder als die Vorstufe eines heißen Krieges.

Man hat jedoch aus der gewinnbringenden Niederlage im Kalten Kriege gelernt. Man läßt nicht gleich wieder seine tollsten Hunde los. Man hat eingesehen, daß die sozialistische Großmacht sich durch die Drohgebärde einer Politik der Stärke nicht einschüchtern läßt. Man hat die bittere Erfahrung machen müssen, daß es den hungernden Brüdern und Schwestern im Osten zu gut geht, als daß sie bereit wären, zu der vorgesehenen ersten Grenzbereinigung das Ihrige zu tun. Und so hat man sich der von den anderen längst betriebenen Politik der Entspannung doch angeschlossen, nachdem man der in ihr liegenden Möglichkeiten gewahr geworden war. Es begann die Offensive des Lächelns. Die Bestie gab sich von der gemütlichen Seite, sie hofierte diejenigen, die sie kurz zuvor noch hatte fressen wollen. Der Erfolg war über alles Erwarten. Es standen auf der anderen Seite ja Menschen, die ihr Leben dem Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft gewidmet hatten und die glaubten, daß die Völker Europas hierzu eines Tages auch bereit sein würden. Nun schien der Tag gekommen. Sie übersahen, daß die Politiker der Stärke von ihnen auf die Entmachtung des Sozialismus gerichteten Plänen nicht einmal zum Schein abgerückt waren und daß daher die einzige wirkliche Großmacht des Sozialismus sich gerade durch die Arglosigkeit provoziert fühlen mußte, mit der ihre Freunde den Sozialismus in dem Augenblick glaubten durch eine zwanglose spontane Bewegung verwirklichen zu können, in dem ihr Land zum Schlachtfeld des Kalten Krieges wurde.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben zugeschlagen – ob zu Recht oder zu Unrecht, ob in kluger Abschätzung der Lage oder aus einer plötzlich ausbrechenden Panikstimmung heraus, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die kalten Krieger lächeln nur noch krampfhaft. Aber der Schlag hat den alten Kämpfern auch Gewinn eingebracht. Die sozialistische Welt ist zerstritten. Wenn auch niemand so recht weiß, wie es dazu kommen konnte, so fühlen doch alle: dazu durfte es nicht kommen. Man wird lernen müssen. Man wird sich deutlicher bewußtmachen müssen, daß eine Bestie, ob blond oder braun, auch wenn sie lächelt, immer noch eine Bestie bleibt. Und vor allem wird man sich für den bevorstehenden Wechsel der Taktik rechtzeitig wappnen müssen. Die kalten Krieger des westdeutschen Kapitals werden auch in Zukunft von der Politik der ‚Entspannung‘ nicht abgehen. Es bleibt ihnen keine andere mehr. Aber sie werden ihr nur durch eine verzweifelte Flucht nach vorn noch einen reaktionären Inhalt geben können. Sie wissen längst, daß an einer Anerkennung der DDR nicht mehr vorbeizukommen

ist. Die für die DDR dadurch gegebene äußere Sicherheit wird den Prozeß der Verwirklichung des Sozialismus im Innern vorantreiben. Sie wird aber auch dem Machtapparat der psychologischen Kriegsführung neue Mittel in die Hand geben, um die Köpfe zu verwirren und den Sozialismus in dessen eigenem Namen zu destruieren. Eine neue Offensive, wenn nicht des Lächelns, so doch der Menschlichkeit oder der Brüderlichkeit, steht bevor. Daß die sozialistischen Staaten sich nicht scheuen werden, ihr notfalls mit Waffengewalt zu begegnen, ist seit einigen Wochen unzweifelhaft. Der Sozialismus darf die Macht, die er einmal errungen hat, nicht wieder aufs Spiel setzen.“<sup>7</sup>

Wenn jemand, der so schrieb und nach seiner Flucht in die DDR dort unter dem Schutzschirm des MfS „spätbürgerliche Philosophie“ lehrte, sich in der Rückschau als „bürgerlicher Wissenschaftler“ anpreist, bedarf das keines weiteren Kommentars mehr. Tombergs Mitwirkung an der Formierung einer DDR-freundlichen Linken im Westen erfolgte freilich in einem Geleitzug von Gleichgesonnenen, die ohne direkte Anbindung an die DDR-Staatssicherheit ihr Wesen trieben.

Über einen davon, Wolfgang Fritz Haug, verbreitet Friedrich Tomberg auf seiner Internetseite folgende Anekdote: „Zu einer Sammlungskonferenz linker Zeitschriften aus Ost und West in Ljubljana, kurz nach 1968, nahmen W.F. Haug und seine Frau und Mitarbeiterin Frigga mich unter der Voraussetzung mit, dass ich unseren Konferenzbeitrag verfasste. Ich wählte das Thema „demokratischer Zentralismus“ und hob darin hervor, dass Lenin in seinen Schriften auf die Möglichkeit einer Perversion des demokratischen zum bürokratischen Zentralismus verwiesen hatte. Unausgesprochen suchte ich deutlich werden zu lassen, dass eben dies in den Staaten des sozialistischen Lagers geschehen war und somit die gescheiterten Reformbestrebungen ihren guten Grund hatten, wiewohl ich andererseits den Gedanken eines wirklich demokratischen Zentralismus nicht verwarf. Die anwesenden Westdeutschen, ihres Zeichen Repräsentanten der ‚Kritischen Theorie‘, verstanden das prompt so, dass ich in diesem marxistisch liberalen Kreis für das dogmatisch erstarrte System der DDR werben wollte und griffen mich, zum Erstaunen der Vertreter des Ostblocks, während der Diskussion in aller Schärfe lauthals an. Haug allerdings war aus dem Schneider. Nicht er, sondern lediglich eins der Mitglieder seiner breitgefächerten Redaktion äußerte sich hier derart – wie auch er wohl glaubte – moskautreu, so dass er, statt angesichts der Kritik an dem von ihm gebilligten Konferenzbeitrag mir beizuspringen, nur stillschweigend sich im Hintergrund zu halten brauchte, um das für seine Redaktionspolitik notwendige Wohlwollen beider Seiten, der dogmatischen wie der oppositionellen, nicht zu verlieren.“<sup>8</sup>

Für Wolfgang Fritz Haug war die Niederschlagung des Prager Frühlings, wie er in seinem Editorial in Nr. 48 der Zeitschrift *Das Argument* schrieb, eine Schädigung der „Interessen westlicher Oligarchien“. Ihn erregte nach dem ČSSR-Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen vor allem die „Verwertung im weltweiten Bürgerkrieg der Meinungen“. Angesichts dessen gelte es „Distanz zu wahren von all denen, für die der Einmarsch bloßer Anlaß war, willkommenener zudem, die Nachfrage nach ihren Auffassungen vom Sozialismus zu steigern“. Wer in den vergangenen Wochen „dem ungeheuren Propagandasog nicht erlegen“ sei, habe eine Erfahrung machen müssen, „die sich umschreiben läßt als ‚Abschied von der *Frankfurter Rundschau*‘. Sie betrifft um nichts weniger die *ZEIT* und ähnliche Organe“. Das „geringe Informationsprivileg, das wir der linksliberalen Presse bisher verdankten“, habe sich „zur schauerlichen Karikatur seiner

---

7 Tomberg Friedrich: Editorial, in: „Das Argument“, Nr. 48/1968.

8 Tomberg, Friedrich: Korrektur einer Legende, 6. Punkt. <http://friedrich-tomberg.npage.de/vita.html>.

selbst verwandelt. Es wurde zum Privileg, sich mit Schmalz und Heuchelei nach kleinbürgerlichem Geschmack versorgen zu lassen. Elitäre konservative Zeitungen, die sich an staatstragendes Publikum richten und ihre Leser daher nicht so direkt über den Löffel halbieren müssen, informierten etwas korrekter. Fällig wäre eine Untersuchung der Meinungskampagne der letzten Wochen; an ihr wäre noch mehr zu lernen, als an der Untersuchung antistudentischer Kampagnen der Springer-Presse zu lernen war.“<sup>9</sup> So schief also hing nach der Niederschlagung des Prager Frühlings das Weltbild des *Argument*-Herausgebers, dass ihn die mediale Reaktion im Westen mehr als die militärische Intervention in Empörung versetzte. Der Resonanzraum für die westdeutschen Freunde des „besseren deutschen Staates“ war nach den ČSSR-Ereignissen, wie sich herausstellte, tatsächlich nur für kurze Zeit geschrumpft und der bei wohlwollenden Kreisen eingetretene Hörsturz bald durch neuen Kräftegewinn überwunden. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten weniger die verdeckt arbeitenden westdeutschen Stasi-Mitarbeiter, als vielmehr die 1968 einsetzende Renaissance der orthodoxen Marxologie. Einen gewichtigen Beitrag steuerte dazu die Marburger Schule um Wolfgang Abendroth bei. Seine Wiederannäherung an den SED-Staat setzte bereits 1967 ein, wie aus der Berichterstattung von SED-Reisekadern hervorgeht.

### *Teilnehmende Handlungsreisende*

Neben den westdeutschen Inlandsaktivisten, die für das MfS arbeiteten, kümmerten sich Reisekader aus der DDR seit Mitte der sechziger Jahre intensiv darum, das „Sozialismusbild“ bei den Neulinken im Westen im Sinne der SED zu beeinflussen. Diese von der SED ausgesandten Handlungsreisenden boten auf nahezu alle politischen Fragen ihre DDR-Antworten feil und betätigten sich auf einschlägigen Diskussionsveranstaltungen im Westen als Stimmungsmacher für „das bessere Deutschland“ hinter der „Zonengrenze“. Durchschläge der schriftlichen Berichte dieser SED-Reisekader leitete die Westabteilung des SED-Zentralkomitees ihrem Staatssicherheitsdienst für dessen Westarbeit weiter, um die Koordination der jeweiligen aktiven Maßnahmen in der Westlinken zu gewährleisten. Eine „Arbeitsbüro“ genannte Abteilung im SED-Zentralkomitee sorgte parallel dazu für die Koordination der illegalen KPD-Parteiarbeit im Westen, wozu auch die Anleitung der KPD-Fraktion im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) gehörte.

Wolfgang Abendroth gehörte seit 1967 zu den gerne von den SED-Handlungsreisenden aufgesuchten Gesprächspartnern. Nachdem die SPD Abendroth 1961 wegen seiner Unterstützung des SDS ausschloss, beteiligte er sich an verschiedenen Initiativen zur Gründung einer sozialistischen Partei, so als Vorsitzender des 1962 gegründeten Sozialistischen Bundes (SB). Abendroth gehörte nach seiner Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone im Jahr 1947 zum Kreis der linken Kritiker des SED-Regimes. Interessant ist in diesem Zusammenhang sein Schreiben an „den Minister für Volksbildung des Landes Thüringen Frau Dr. Torhorst“, das er nach seiner Flucht aus Jena von Bremen nach Weimar sandte. Darin kritisierte er die von der SED herbeigeführte Spaltung Berlins. Es sei unmöglich „vom demokratischen Standpunkt aus die Bildung des Ost-Sondermagistrats zu verteidigen, nachdem die Westberliner Wahlen den wirklichen Willen der überwältigenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung unzweideutig gezeigt haben“. Er habe „den undemokratischen Ausschluß freier politischer Diskussionsmöglichkeiten im politischen Leben der Zone mit größter Sorge beobachtet“, aber gehofft, daß sich dies durch die praktische Arbeit der Volksvertretungen und „durch das Erwachen des

---

9 Haug, Wolfgang Fritz: Editorial, in: *Das Argument*, Nr. 48/1968.

demokratischen Lebens in den Massenorganisationen der arbeitenden Bevölkerung heben werde“. Da die „jüngste Entwicklung“ jedoch eindeutig erkennen lasse, „daß zu dieser Hoffnung kein Anlaß mehr besteht“, könne er es vor seinem Gewissen nicht verantworten, „das öffentliche Recht an den Universitäten der sowjetischen Besatzungszone zu vertreten“. Abschließend betonte Abendroth, daß sein Schreiben nicht als „Ablehnung der Grundgedanken der Oktoberrevolution und des Sozialismus“ zu verstehen sei, „für die ich stets eingetreten bin und weiter entschieden eintreten werde, wie ich es in der illegalen Arbeit während des Dritten Reiches, im Zuchthaus und im Strafbataillon und als Mitkämpfer der griechischen Partisanen getan habe“.<sup>10</sup>

Wolfgang Abendroth blieb lange Zeit gegenüber der SED kritisch eingestellt. Er bezeichnet die DDR in den fünfziger Jahren mehrfach als totalitären Staat. Später zeigte er sich aber um der Einheit der Arbeiterklasse willen diskussionsbereit. In der SDS-Zeitschrift *neue kritik* erschien im Juni 1965 ein Beitrag von ihm, der „die Spaltung des deutschen Restvolkes in zwei Staaten“ und den „Verlust der Einheit einer Nation“ beklagte und über die Möglichkeit einer „Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes“ in „ferner Zukunft“ reflektierte. Über die Bundesrepublik schrieb er: „Niemand im heutigen Deutschland wagt es, unverhüllt und offen an die alte imperialistische und nationalistische Ideologie anzuknüpfen, und trotz der Identität von Teilen des Staatsapparates und der Oberschichten in der Bundesrepublik mit denen des Dritten Reiches ist doch die offizielle Ideologie weitgehend formell demokratisch geworden.“ Nach dem Krieg sei „hier im Westen die demokratische Verfassung des Grundgesetzes geschaffen“ worden, „ein Gut, das Sie, die junge Generation hier in der Bundesrepublik, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen müssen“.<sup>11</sup> Nur zwei Jahre später knüpfte Abendroth, wie zu zeigen sein wird, dann seine Hoffnungen für die Zukunft Deutschlands an „die Existenz eines funktionierenden und prosperierenden sozialistischen Staates auf deutschem Boden (trotz aller bürokratischen Schranken in der DDR)“.

Im Oktober 1966 berichtete Dieter Strützel, ein Abgesandter der Westabteilung des SED-Zentralkomitees, über seinen Besuch in Marburg, Professor Abendroth sei „bereit zu einer Diskussion über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Im Januar wird eine Rezension der Geschichte von ihm in der *Anderen Zeitung* erscheinen. Diese sollten wir zum Anlaß nehmen, ein solches Streitgespräch anzuregen. Nach seinen Worten ist die Verbindung des Frankfurter Antinotstandskongresses zur IG Metall sehr eng, so daß wir möglichst wenig zu diesem Kongreß bringen sollten.“<sup>12</sup> Im Juli 1967 besuchte der damals an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald beschäftigte SED-Historiker Karl-Heinz Jahnke im Auftrag der Westabteilung des SED-Zentralkomitees Abendroth und sprach mit ihm über die mögliche Gründung einer neuen sozialistischen Partei in Westdeutschland.<sup>13</sup> Abendroth erklärte, laut Jahnkes Mitteilung an die Westabteilung

---

10 Abendroths Schreiben an Marie Torhorst ist in der Zeitschrift „Sozialismus“ Nr.2/1990 abgedruckt.

11 Abendroth, Wolfgang: Rede zum 8. Mai, in: „neue kritik“, Nr. 30, Juni 1965, S.4.

12 Strützel, Dieter; Westabteilung des ZK der SED: Bericht über Einsatz in Marburg vom 24. September bis 5. Oktober 1966. SAPMO-BArch IV A2/1002/40, Bestand Westabteilung des ZK der SED. Dieter Strützel war zu dieser Zeit an der Karl-Marx-Universität in Leipzig als SED-Reisekader für die verdeckte Patenschaft zur Marburger SHB-Gruppe und zum Abendroth-Kreis zuständig. Von ihm liegen zahlreiche Berichte über seine Zusammenkünfte mit Marburger DDR-Sympathisanten vor.

13 Innerhalb des SDS hatten Abendroths Schüler Eberhard Dähne und Frank Deppe bereits im Februar 1967 für eine „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition“ (ASO) geworben, die sich als Vorbereitungsorganisation für eine sozialistische Partei verstand. Vgl. hierzu: Brief R. Reiches an B.

des SED-Zentralkomitees, er wolle die Parteigründung möglichst bald herbeiführen, damit man im Herbst 1969 an den Bundestagswahlen teilnehmen könne. Es bestünden gute Aussichten, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Vor der Gründung einer neuen sozialistischen Partei hielt Abendroth „eine Abstimmung mit den leitenden Genossen der KPD und der SED“ für erforderlich. Er habe in jüngster Zeit „verschiedene Gespräche mit führenden Genossen der KPD gehabt, u.a. mit Genossen Jupp Schleifstein“. Er habe den Eindruck, dass es in der KPD-Führung unterschiedliche Meinungen zu seinem Vorhaben gebe und der KPD-Vorsitzende Max Reimann „eine weniger positive Einstellung“ habe. Laut Jahnkes Bericht erklärte Abendroth, er strebe eine enge Zusammenarbeit der geplanten sozialistischen Partei mit der KPD an. Diese Zusammenarbeit müsse auch „in der Periode der Illegalität der KPD gewährleistet sein. [...] Die Gründung einer sozialistischen Partei ohne Zustimmung und Mitarbeit der Kommunisten sei für ihn nicht denkbar. Beide Parteien müssen gemeinsam das Zentrum für eine breite demokratisch-antiimperialistische Bewegung bilden.“ Unter Umständen könne auch eine Vereinigung mit der KPD erfolgen. „Die neue Partei habe nur eine Existenzberechtigung, wenn es in allen entscheidenden Fragen eine weitgehende Übereinstimmung mit der DDR und den führenden Genossen der SED gäbe.“ Die neue Partei müsse „ein sozialistisches Parteiprogramm auf marxistisch-leninistischer Grundlage“ erhalten. Abendroth bat Jahnke, der SED-Führung seine Bereitschaft zu einer „Aussprache mit leitenden Mitarbeitern des ZK der SED im Herbst dieses Jahres“ zu übermitteln. Er regte außerdem an, ein differenzierteres Bild der bundesrepublikanischen Opposition in den DDR-Medien zu zeichnen. „Er bat darum, nach Möglichkeit zu veranlassen, daß nicht zu häufig über sein Auftreten im Fernsehen und anderen Publikationsorganen der DDR berichtet wird.“<sup>14</sup> [Unterstreichung im Original]

Abendroths Schüler Georg Fülberth interpretierte im September 2010 diesen Bericht dahingehend, Abendroth habe, „als er 1967 eine neue sozialistische Partei gründen wollte, im Gespräch mit dem verdienstvollen Widerstandsforscher Karl Heinz Jahnke (Greifswald) der SED zu signalisieren versuchte, sie solle die KPD, deren Leitung damals in der DDR im Exil war, an Querschüssen hindern.“<sup>15</sup> Die zuständigen Leute in der SED-Führung und insbesondere Walter Ulbricht hielten jedoch die Gründung einer neuen Partei überhaupt nicht für angebracht. Bereits am 24. Januar 1967 befasste sich das SED-Politbüro mit dem Thema. Als zweiten Tagesordnungspunkt diskutierte die SED-Führung mit leitenden KPD-Funktionären über „Strategie und Taktik der KPD in Westdeutschland“. Diese „Aussprache mit dem Politbüro des ZK der KPD“ leiteten als Berichterstatter Willi Mohn (KPD) und Hermann Matern (SED) ein. Als Experten wurden zu diesem Tagesordnungspunkt die KPD-Funktionäre Erich Glückauf, Josef Ledwohn, Max Schäfer, Jupp Angenfort, Josef Schleifstein, Erich Jungmann und Kurt Fritsch hinzugezogen sowie die SED-Funktionäre Max Spangenberg, Heinz Geggel, Werner Lamberz, Joachim Herrmann, Rudi Singer und Günter Kohrt. In seinem einleitenden Referat bezeichnete Willi Mohn die Gründung einer sozialistischen Partei „als

---

Blanke v. 16.02.67 über nk und Organisationspläne des SDS. FU Berlin, UA, APO-Archiv, Briefwechsel Blanke Reiche, sowie Rundschreiben des SDS Frankfurt vom 31.05.67 über Veranstaltungstermine. FU Berlin, UA, APO-Archiv, Berlin/Frankfurt/München 1966/67.

14 Westabteilung des ZK der SED; Dr. Jahnke, Karl-Heinz: Information vom 18. Juli 1967 über Gespräche mit Professor Abendroth (Marburg) in der Zeit vom 12.–15.7.67. SAPMO-BArch IV A2/2028/26, Bestand Büro Norden.

15 Fülberth, Georg: Transformation – Demokratisch zum Sozialismus. Zwei Beiträge zu Wolfgang Abendroths 25. Todestag. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Theorie/abendroth.html>. Erschienen zuvor in „Junge Welt“ am 15. September 2010.

nicht unmittelbar aktuell“. Die Hauptkräfte im Sozialistischen Bund seien sich darüber im klaren, „daß ohne die KPD ihre geplante Parteigründung kein Erfolg werden kann. Mit dem Hauptverantwortlichen des Sozialistischen Bundes findet Anfang Februar eine Aussprache mit Vertretern unseres Politbüros statt.“ Wenn die Bestrebungen zur Gründung einer Partei stärker würden, dürfe die KPD allerdings nicht daneben stehen.<sup>16</sup> Mit „dem Hauptverantwortlichen“ war der Vorsitzende des Sozialistischen Bundes Wolfgang Abendroth gemeint.

Georg Fülberth geht mit keinem Wort auf den in Jahnkes Bericht erwähnten Hinweis auf Gespräche Abendroths mit dem in Ost-Berlin lebenden Mitglied des Politbüros der illegalen KPD Josef Schleifstein ein. Dabei weiß das ehemalige DKP-Mitglied Fülberth sehr genau, wer dieser KPD-Spitzenfunktionär war und auf welche Weise er in die SED-Westarbeit eingebunden war. Die Tätigkeit der illegalen KPD in der Bundesrepublik erfolgte in enger Koordination mit der Westarbeit der SED. Zuständig war dafür das von Max Spangenberg geleitete „Arbeitsbüro“ im Apparat des SED-Zentralkomitees, das sich laufend mit der SED-Westabteilung im gleichen Haus abstimmte. Die oben erwähnte Aussprache „mit dem Hauptverantwortlichen des Sozialistischen Bundes“ Abendroth fand demnach „Anfang Februar“ 1967 mit Josef (Jupp) Schleifstein statt.

Walter Ulbricht äußerte sich übrigens in einem Gespräch mit dem Bonner Sowjet-Botschafter Semion K. Zarpakin im September 1967 nochmals eindeutig ablehnend zu den Gründungsplänen. Er favorisierte eine linke Sammlungsbewegung und die Wiederzulassung der KPD. Zarpakin wies angesichts der anwachsenden Jugend- und Studentenbewegung in der Bundesrepublik darauf hin, „daß die KPD sich nicht sektiererisch abschließen dürfe. Möglichkeiten für das Wirken der KPD unter den Massen seien vorhanden. Er stimmte dem Genossen Ulbricht zu, daß es eine Aufgabe der sozialistischen Länder ist, ständig ‚neuen Zündstoff zu liefern und Öl ins Feuer zu gießen. Die heutige Zeit ist sehr entscheidend‘. Es bildet sich eine Bewegung, deren Unterstützung das Anliegen aller Kommunisten sein muß.“<sup>17</sup>

Nur wenige Tage nach seinem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter reagierte Ulbricht mit einem handschriftlichen Kommentar auf eine Rede Wolfgang Abendroths, die dieser am 17. Juni 1967 in Frankfurt am Main gehalten hatte. Der SED-Chef las diese Rede allerdings erst im September 1967, nachdem sie in der Nr. 1 der *Informationen für eine sozialistische Opposition* publiziert worden war. Sie muss Ulbricht sehr gefallen haben. Er empfahl seinem Abteilungsleiter der ZK-Westabteilung Heinz Geggel daraufhin: „Mit öffentlicher Diskussion in Westdeutschland beginnen. Zu Abendroth durch Sozialdemokraten Stellung nehmen.“ Worum es dem SED-Chef dabei ging, waren Abendroths Ausführungen zur Lage in beiden deutschen Staaten. Abendroth meinte nämlich, es offenbare sich am „Ende der Hochkonjunktur die politische und wirtschaftliche Krise des kapitalistischen Systems in Westdeutschland. [...] Gleichzeitig ist nicht mehr zu übersehen, daß die DDR ihre Aufbauschwierigkeiten weitgehend überwunden hat. Dies zwingt die politischen Machthaber in der BRD dazu, die Existenz eines zweiten – sozialistischen – Staates auf deutschem Boden faktisch anzuerkennen. Wenn sich jedoch durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau die ökonomische Lage der

---

16 Politbüro des ZK der SED: Protokoll Nr. 3/67 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 24. Januar 1967. SAPMO-BArch J IV 2/2/ 1095, Bestand Politbüro des ZK.

17 Vermerk über eine Unterredung des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Walter Ulbricht, mit dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der westdeutschen Bundesrepublik, Genossen S.K. Zarpakin, am 18.9.1967. SAPMO-BArch, J IV 2/202/ 134, Büro Ulbricht.

westdeutschen Arbeiterklasse weiter verschlechtert und dabei gleichzeitig der Lebensstandard der Werktätigen in der DDR angehoben wird, dann verliert die Ideologie des Antikommunismus ihre eigentliche Basis. Die Existenz eines funktionierenden und prosperierenden sozialistischen Staates auf deutschem Boden (trotz aller bürokratischen Schranken in der DDR) und die gleichzeitige Wirtschaftsrezession im kapitalistischen Teil bedeuten so erstmalig nach dem Kriege eine Infragestellung des westdeutschen Kapitalismus als System. Die herrschenden Klassen in der BRD haben diese Gefahr klar erkannt und ihre Unterdrückungsmaßnahmen verschärft, vor allem aber die Bereitstellung eines Arsenal weiterer Unterdrückungsmechanismen in Angriff genommen.“ Die „Vorbereitung zum Staatsstreich in Westdeutschland“ sei durch die Notstandsgesetzgebung „bereits weit fortgeschritten“ und die „SPD, die als Regierungspartei die Verantwortung für die gegenwärtige Entwicklung übernimmt, unterstützt nirgendwo die Gewerkschaften und Intellektuellen. Sie versucht im Gegenteil, den wachsenden Widerstand zu zerschlagen.“<sup>18</sup>

### *Der Abendroth-Komplex*

Die Schüler Abendroths legten ihm 1971 anlässlich seines 65. Geburtstages einen Sammelband auf den Gabentisch, in dem sie reihum argumentierten, auf welche Weise die von ihm 1967 konstatierte „Existenz eines funktionierenden und prosperierenden sozialistischen Staates auf deutschem Boden (trotz aller bürokratischen Schranken in der DDR)“ nun reale Formen angenommen hätte. Unter dem Titel „BRD-DDR – Vergleich der Gesellschaftssysteme“ kam Abendroths Geburtstagsgeschenk beim SED-finanzierten Pahl-Rugenstein Verlag auf den westdeutschen Markt. Unter Berufung auf Walter Ulbrichts Ausführungen über „Die Rolle des Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“<sup>19</sup> kommen Georg Fülberth und Helge Knüppel in ihrem Beitrag über „Bürgerliche und sozialistische Demokratie“ zu dem Ergebnis, in der DDR erfolge eine „Funktionsveränderung der zentralen staatlichen Organe durch die Heranziehung immer weiterer Kreise der Bevölkerung zu Entscheidungen in einer Weise, die es erlaubt, trotz des Weiterbestehens zentraler Entscheidungsinstanzen von einem ‚Absterben‘ des Staates bei gleichzeitiger Steigerung von nichtrepressiven Funktionen, die ihm verbleiben, zu sprechen“. Während „die zunehmende Erfüllung des Anspruchs sozialistischer Demokratie in der DDR sichtbar“ werde und „das gesellschaftliche System der DDR sich der Realisierung seines Selbstanspruchs nähert“, entferne „die BRD sich selbst von den Normen bürgerlicher Demokratie immer mehr“.<sup>20</sup> Das bestätigen auch Herbert Lederer und Hans-Jochen Michels, die über „Sozialistische und bürgerliche Rechtsordnung am Beispiel DDR und BRD“ schrieben. In Westdeutschland sei die Kriminalität sechsmal so hoch wie in der DDR, behaupten die Autoren und berufen sich dabei auf DDR-Statistiken. Einen Grund dafür sehen sie in der realisierten gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Rechtspflege. „Der Kampf gegen die Kriminalität“ werde dadurch „zu einer Sache der Gesellschaft und vermag

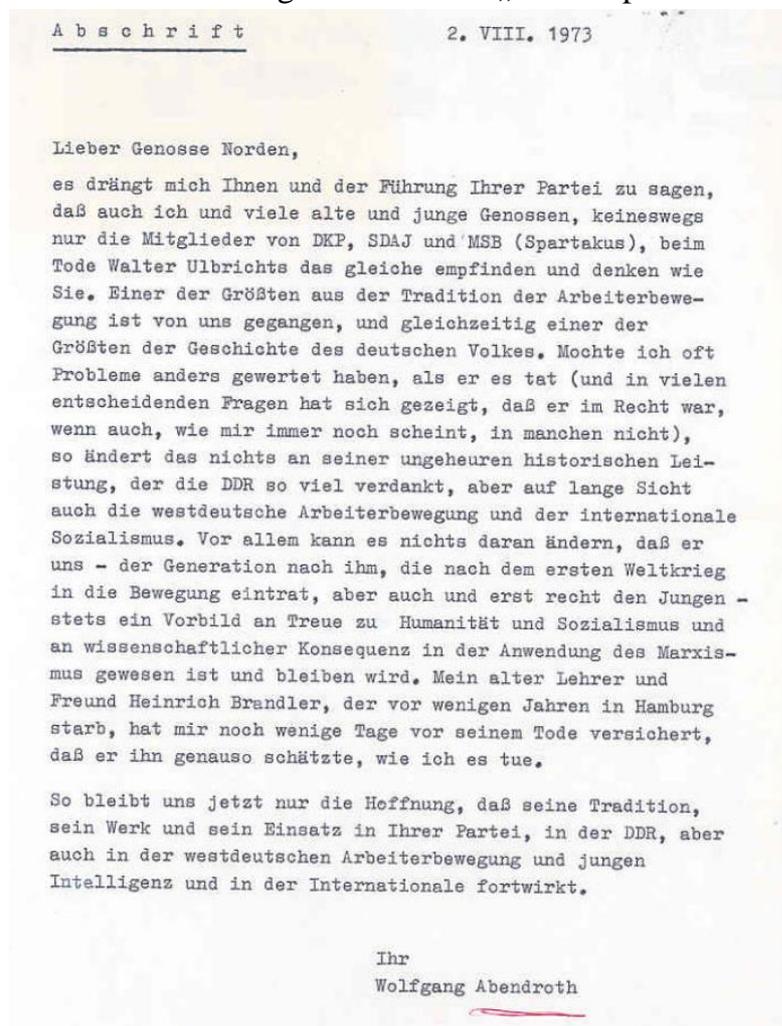
18 Abendroth, Wolfgang: Über die Notwendigkeit sozialistischer Kooperation; veröffentlicht in: Informationen der Sozialistischen Opposition Nr.1, zuvor als Rede gehalten am 17. Juni 1967 auf einer Konferenz in Frankfurt am Main. Fundort: SAPMO-BArch IV A2/1002/208, Bestand Westabteilung des ZK der SED. Das Blatt wurde herausgegeben von Heiner Halberstadt (verantw.), Heinz Brake-meier, Eberhard Dähne und Günther Muhs.

19 Ulbrichts Text erschien in der Schriftenreihe des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 6, 3. Wahlperiode. Berlin 1968.

20 Fülberth, Georg/Knüppel, Helge: Bürgerliche und sozialistische Demokratie, in: BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Wolfgang Abendroth zum 65. Geburtstag. Köln 1971, S. 42 f.

tendenziell den Grundsatz zu verwirklichen, daß in der sozialistischen Gesellschaft niemand zum Verbrecher zu werden braucht“. Das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der DDR“ sei zwar noch in vielen Bereichen „ausbaubedürftig“. Für die Rechtsordnung könne aber festgestellt werden, „daß sowohl unter dem Gesichtspunkt der Effizienz als auch unter dem der sozialistischen Demokratie und Humanität Vorbildliches geleistet worden ist“. <sup>21</sup> Jürgen Harrer und Heinz Jung sahen es als erwiesen an, daß sich „in der sich vertiefenden horizontalen und vertikalen Kooperation und Integration der Betriebe in neuartigen Produktionssystemen“ die „überlegene Rationalität der sozialistischen Wirtschaftsorganisation gegenüber der kapitalistischen“ erwiesen habe. <sup>22</sup> Kurt Steinhaus meinte am Ende gar, die DDR könne „die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Klassengesellschaft zusehends deutlicher demonstrieren“. <sup>23</sup>

Wolfgang Abendroth selbst bestätigte 1976 in der 100. Ausgabe der Zeitschrift *Das Argument*, was seine Schüler meinten und was er selbst bereits neun Jahre zuvor verkündet hatte. Erneut würdigte er die DDR „als Beispiel des realen Sozialismus, das so (auch in



seinen Mängeln) nur am Ende des Zweiten Weltkriegs im Schutze der UdSSR entstehen konnte, aber sich doch insgesamt positiv entwickelt“ habe. <sup>24</sup> Aber nicht nur die DDR hatte sich in Abendroths Augen positiv entwickelt, auch ihr langjähriger Partei- und Staatsratschef, den er in den fünfziger Jahren heftig kritisiert hatte, erschien ihm nun in einem anderen Licht. Er huldigte ihm am 2. August 1973 nach dessen Ableben in einem Kondolenzschreiben mit absurdem Überschwang. Walter Ulbricht, „einer der Größten aus der Tradition der Arbeiterbewegung“ sei „von uns gegangen, und gleichzeitig einer der Größten des deutschen Volkes“ schrieb Abendroth an Albert Norden, von dem er wohl wusste, dass er Ulbrichts letzter Gefolgsmann

21 Lederer, Herbert/Michels, Hans Jochen: Sozialistische und bürgerliche Rechtsordnung am Beispiel DDR und BRD, in: BRD-DDR, S. 316 f.

22 Harrer, Jürgen/Jung, Heinz: Das ökonomische System in der BRD und der DDR, in: BRD-DDR, S. 92.

23 Steinhaus, Kurt: Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, in: BRD-DDR, S. 440.

24 Abendroth, Wolfgang: Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: „Das Argument“ 100/1976, S. 986.

in der SED-Führung war. Mochte er, Abendroth, oft „Probleme anders gewertet haben“ als Ulbricht, so ändere das nichts „an seiner ungeheuren historischen Leistung, der die DDR so viel verdankt, aber auf lange Sicht auch die westdeutsche Arbeiterbewegung und der internationale Sozialismus“. Walter Ulbricht sei „uns – der Generation nach ihm, die nach dem ersten Weltkrieg in die Bewegung eintrat, aber auch und erst recht den Jungen – stets ein Vorbild an Treue zu Humanität und Sozialismus und an wissenschaftlicher Konsequenz in der Anwendung des Marxismus gewesen“.<sup>25</sup>

Nachdem Wolfgang Kraushaar und der Autor dieses Beitrags im Frühjahr 1998 auf die seit 1967 überlieferte Kooperation Abendroths mit den Verantwortlichen für die SED-Westpolitik hinwiesen, reagierten mehrere Abendroth-Schüler mit wüsten Beschimpfungen.<sup>26</sup> Als erster Georg Fülberth mit der Behauptung er sei „nach Überprüfung sämtlicher zugänglicher Dokumente aus dem Bundesarchiv“ zu folgendem Ergebnis gekommen: „Abendroth plante 1967 die Gründung einer sozialistischen Partei in der Bundesrepublik. Abendroth hatte in den Folgejahren keinerlei Kontakt mit dem Ostbüro der SED. Anlässlich eines Arztbesuchs in Berlin/DDR kam es erst 1973 zu einem völlig unverbindlichen Gespräch mit Albert Norden, dem Leiter des Ostbüros.“<sup>27</sup> Mit dem „Ostbüro der SED“ hatte Abendroth tatsächlich „keinerlei Kontakt“, da eine solche Einrichtung nicht existierte. Abendroth erhielt Besuche von Beauftragten der Westabteilung des SED-Zentralkomitees, mit denen er sich über die politische Lage und seine eigenen Pläne austauschte und verständigte. Außerdem stimmte er sein Vorgehen in der Neuen Linken mit der von Ost-Berlin aus agierenden Führungsspitze der KPD ab.

Fülberths Behauptung, es habe „keinerlei Kontakt“ Abendroths mit Abgesandten der SED gegeben, lässt sich anhand der „Überprüfung sämtlicher zugänglicher Dokumente aus dem Bundesarchiv“ leicht widerlegen. Am 22. Januar 1968 besuchten die Reisekader der SED-Westabteilung Hans Tammer und Eberhard Czichon das Ehepaar Abendroth in Marburg, das sich laut deren Bericht lobend über die Entwicklung in der DDR geäußert habe und „mit großer Achtung von der Führung der Partei“ sprach. „Weiterhin sprach sich Prof. Abendroth anerkennend über das neue Strafrecht der DDR aus. Er meinte jedoch einschränkend, daß er die Schärfe der politischen Strafbestimmungen nicht verstehe.“ Dies würde den Kampf der westdeutschen Linken gegen das westdeutsche Strafrecht nicht fördern.<sup>28</sup> Am 1. Juli 1970 reisten Erich Hahn und Karl-Heinz Stiermerling im Auftrag der SED zu einer Podiumsdiskussion nach Marburg. Eingeladen hatten das Institut für Soziologie und Abendroths Institut für Politik. Diskussions Teilnehmer waren Iring Fetscher, Erich Hahn, Josef Schleifstein und Friedrich Tomberg,

25 Wolfgang Abendroths Kondolenzkarte findet sich unter SAPMO-BArch, DY 30/ IV B 2/ 2.028/ 22, Büro Norden.

26 Siehe Kraushaar, Wolfgang: Unsere unterwanderten Jahre. Die barbarische und gar nicht schöne Infiltration der Studentenbewegung durch Organe der Staatssicherheit. FAZ vom 7. April 1998, sowie Staadt, Jochen: Teilchenbeschleunigung. Die Westarbeit der SED am Beispiel der Universität Münster. FAZ vom 20. Mai 1998. Letzterer Beitrag erschien im Politikteil (Politische Bücher) und nicht wie Schöler behauptet im Feuilleton der FAZ.

27 Fülberth, Georg: Zu Wolfgang Abendroths angeblichen DDR-Kontakten, in: „Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts“, Heft 3/2006. Siehe: [http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/webseite\\_alt/index.php?selection=10#3a4](http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/webseite_alt/index.php?selection=10#3a4). Das „Ostbüro der SED“ taucht auch in Fülberths Abstract bei „H-Soz-Kult“ auf. <https://www.hsozkult.de/searching/id/zeitschriftenausgaben-3052?title=sozial-geschichte-21-2006-3&q=F%C3%BClberth&page=3&sort=&fq=&total=70&recno=51&subType=z6> [abgerufen am 25. Oktober 2018].

28 Tammer, Hans/Czichon, Eberhard: Bericht der Genossen Dr. Hans Tammer und Eberhard Czichon über ihren Einsatz in Köln und Marburg in der Zeit vom 17.–23.1.1968. SAPMO-BArch, IV A2/1002/47, Bestand Westabteilung des ZK der SED.

„im Präsidium“ nahmen, wie Hahn und Stiemerling in Ost-Berlin berichteten, „Gen. Stiemerling, Hans-Heinz Holz (Schweiz) und Frank Deppe als Leiter der Veranstaltung Platz“. Statt der erwarteten 400 bis 500 Teilnehmer seien 1 200 erschienen. „Während der gesamten Diskussion dominierten eindeutig der Standpunkt und die Position der DDR und der DKP. Bereits bei der Vorstellung wurden die Genossen aus der DDR mit einem außerordentlich starken Beifall empfangen. (Ein Diskussionsteilnehmer gebrauchte den Ausdruck, daß die Genossen aus der DDR mit einer ‚Ovation‘ empfangen worden seien.) Sämtliche zur Politik und Entwicklung der DDR und der DKP geäußerten Fragen und Meinungen wurden vom Standpunkt eines sehr aufgeschlossenen Interesses bzw. der Sympathie und hochgesteckter Erwartungen gegenüber dem Sozialismus in der DDR aus vorgetragen. Es gab keinerlei Angriffe oder Provokationen.“ Die herausragenden Referate hätten Schleifstein und Hahn gehalten, demgegenüber habe das Auftreten von Fetscher „einen deutlich abfallenden Eindruck“ hinterlassen. An beiden Tagen ihres Aufenthalts in Marburg habe es mehrstündige Aussprachen mit den leitenden Mitarbeitern von Abendroths Instituts gegeben, namentlich mit Kurt Steinhäus, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer, Frank Deppe und Georg Fülberth. Eine spätere Unterredung mit Prof. Abendroth sei in freimütiger und offener Atmosphäre verlaufen. In Fragen der Politik der kommunistischen Weltbewegung und der Politik der DKP habe es allerdings „prinzipielle Meinungsverschiedenheiten“ gegeben.<sup>29</sup>

Das „Ergebnis“ von Fülberths „Überprüfung sämtlicher zugänglicher Dokumente im Bundesarchiv“ griffen in der Folgezeit mehrere seiner ehemaligen Gesinnungs- und DKP-Genossen, aber auch heutige Linksparteihistoriker begierig auf. So Richard Heigl, der in seiner 2007 im *Argument*-Verlag veröffentlichten und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Dissertation schreibt: „Abendroth galt vielen als Strippenzieher im Hintergrund. Im Frühjahr 1998 wurde von Wolfgang Kraushaar und Jochen Staadt der Vorwurf erhoben, die Gruppe um den Marburger Politikwissenschaftler Professor Wolfgang Abendroth habe bei dem Versuch der SED, die APO für ihre Zwecke zu benutzen, eine ‚besondere Rolle‘ gespielt. Laut Staadt habe Abendroth spätestens seit Herbst 1967 innerhalb der westdeutschen Linken auf der Grundlage konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro agiert. Die Thesen konnte zwischenzeitlich über eine Quellenkritik widerlegt werden.“ Zur „Quellenkritik“ beruft sich Heigl auf „Deppe, Frank (1998a): Die ‚Methode Gauck‘ – Zur Diskussion um Wolfgang Abendroth, in: *Sozialismus* 7–8 (1998), 19–21; Georg Fülberth in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 194f.; Perels, Joachim (1998): Die neue Herrschaft des Verdachts, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/1998, 1170–1175.“<sup>30</sup> Schaut man sich Frank Deppes Quelleninterpretation zu Abendroths Äußerungen vom Juli 1967 an, kann man nur staunen. Deppe behauptet, Abendroth habe „sich für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten eingesetzt, wußte aber, daß diese Position auf Seiten der Kommunisten nur von einer Minderheit geteilt wurde. Er hat sich für Gespräche mit führenden Genossen der SED ausgesprochen, um eben diesen Standpunkt zu vertreten. Damit verband er die strategische Überlegung, Teile der Kommunisten für ein politisches Projekt zu gewinnen, das sich zunächst einmal durch politische (übrigens auch finanzielle) Autonomie auszeichnete.

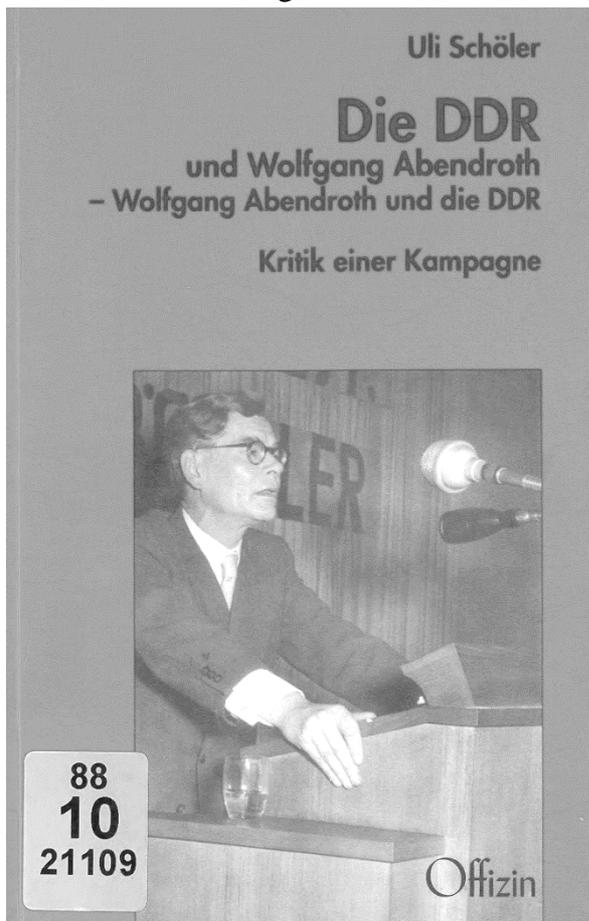
---

29 Hahn, Erich/Stiemerling, Karl-Heinz: Bericht vom 23. Juli 1970 über die Reise der Genossen Hahn und Stiemerling nach Marburg, 2. und 3. Juli 1970. SAPMO-BArch, IV A2/1002/58, Bestand Westabteilung des ZK der SED.

30 Heigl, Richard: „Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950–1968)“. Hamburg 2008, zitiert nach der 2007 online gestellten Dissertation, dort S. 250 f. Gutachter dieser Dissertation waren die Professoren Andreas Wirsching und Wolfgang Weber.

In der damaligen politischen Situation nannte man diese Politik: Unterstützung ‚reformkommunistischer‘ Positionen durch autonome linkssozialistische Kräfte.“ Am Ende seiner „Quellenkritik“ packt Deppe dann seine eigene Verschwörungstheorie auf den Tisch: „Ich habe mich auch immer wieder gefragt, was Leute wie Kraushaar, Staadt u.a. antreibt, über die *FAZ* eine Wiederbelebung des McCarthy’ismus in seinen primitivsten Formen zu betreiben. Ich denke, daß der Schlüssel bei der Behörde Gauck und ihrem Leiter zu finden ist. Herr Gauck will seine Behörde offenbar als oberste Staatsschutzbehörde in das kommende Jahrhundert retten und betreibt deshalb mit großem Engagement – nach der Abwicklung im Osten – die Ausweitung auf eine Abwicklungskampagne im Westen. Gerade im Vorfeld eines Bundestagswahlkampfes fällt es zwangsläufig auf, daß der Pastor Hinze und der Pastor Gauck – ‚kampagnenmäßig‘ hätte es im alten Jargon heißen – am gleichen Strang ziehen.“<sup>31</sup>

Der Kampagnenvorwurf inspirierte den SPD-Funktionär Uli Schöler im Jahr 2008 zur Veröffentlichung einer Broschüre mit dem Titel „Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne“.<sup>32</sup> Die „Kampagne“ wurde laut Schöler von Wolfgang Kraushaar im April 1998 im Feuilleton der *FAZ* eröffnet. Kraushaars „Mitsreiter Staadt“ habe im Mai 1998 in der *FAZ* nachgelegt und „ohne jegliche Belege“ behauptet, Abendroth habe „innerhalb der westdeutsche Linken auf der Grundlage konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro“ agiert. Schließlich wird Anne Christine Nagel als dritte an der „Kampagne“ mitwirkende genannt, die 2007



Abendroths Kondolenzkarte für einen „der Größten des deutschen Volkes“ öffentlich gemacht hat. Schöler spekuliert, was das Zeug hält, darüber, warum Walter Ulbricht wohl auf das oben zitierte DDR-Lob Abendroths vom 17. Juni 1967 mit dem Vorschlag reagierte, „zu Abendroth durch Sozialdemokraten antworten“. Das hält er für einen Beleg dafür, dass Abendroth keine Abstimmung mit der SED-Führung vorgenommen habe, denn „warum war es nötig, öffentlich gegen Abendroth durch einen Dritten Stellung nehmen zu lassen, wenn man doch mit ihm selbst konspirativ die gemeinsame Strategie beriet?“ Zu solcher Behauptung kann Schöler sich freilich nur aufschwingen, indem er den Anlass des Hinweises von Walter Ulbricht verschweigt. Er erwähnt nämlich den oben zitierten Artikel Abendroths aus Nr. 1 der *Informationen für eine sozialistische Opposition* nicht, in dem dieser sich positiv über „die Existenz eines funktionierenden und prosperierenden sozialistischen Staates auf deutschem Boden

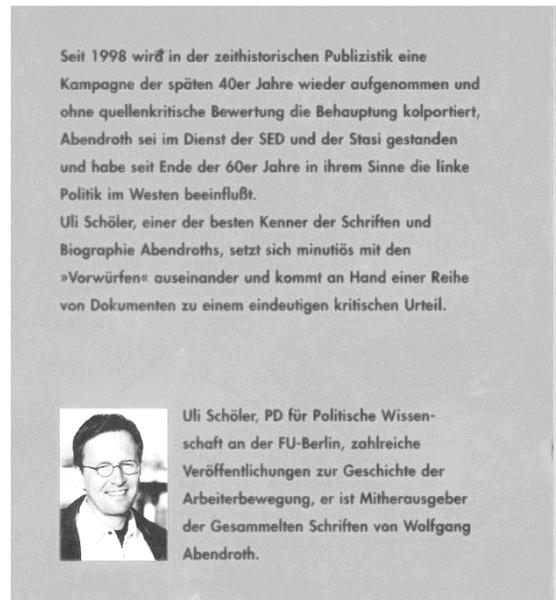
31 Deppe, Frank: Die „Methode Gauck“ – Zur Diskussion um Wolfgang Abendroth. Gespräch mit der Zeitschrift „Sozialismus“, 7–8/1998.

32 Schöler, Uli: Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne. Hannover 2008.

(trotz aller bürokratischen Schranken in der DDR) und die gleichzeitige Wirtschaftsrezession im kapitalistischen Teil“ Deutschlands äußerte und „erstmalig nach dem Kriege eine Infragestellung des westdeutschen Kapitalismus als System“ konstatierte. Darauf sollten nach Ulbrichts Meinung „Sozialdemokraten antworten“, denn das würde Abendroths These erst zusätzlichen Nachdruck verleihen. Wenn sie von seiten der SED begrüßt und verbreitet würde, hätte das 1967 ihre Wirkung stillgestellt. Schöler verschweigt den Kontext, um behaupten zu können, „Abendroths eigenständige sozialistische Position wurde von der SED-Führung mit allen nur denkbaren Mitteln bekämpft“.<sup>33</sup>

Schölers Begriffsmanipulation ist in diesem Zusammenhang von Belang. Aus der Aussage, Abendroth habe „innerhalb der westdeutschen Linken aufgrund konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro“ gehandelt, fabriziert er zunächst die Hauptung, von Abendroth sei „eine eigene Initiative ausgegangen [...], die SED-Führung unterrichten oder gar in eine bestimmte Richtung beeinflussen zu wollen“,<sup>34</sup> um am Ende zu verkünden, es habe kein „DDR- und SED-gesteuertes politisches Wirken“ Abendroths gegeben. Nun hat aber niemand von den erwähnten „Abendroth-Kritikern“ je behauptet, der Marburger Professor sei von der SED gesteuert worden. Konkrete Absprachen sind keine Steuerung, das müsste eigentlich auch einem zum stellvertretenden Bundestagsdirektor aufgestiegenen SPD-Funktionär geläufig sein. Seine Kritik der angeblich von drei Personen gegen Abendroth geführten Kampagne erschien übrigens beim Verlag „Offizin. In Verbindung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.“. Darüber, was eine „Kampagne“ ist, hätte Schöler sich bei dieser kampagnengeübten Stiftung wirklich sachkundig machen können. Wie es scheint, ist er dort aber selbst an einer „Kampagne“ beteiligt. Doch weiter im Schöler-Text. Er behauptet, „außer Gesprächskontakten mit Jahnke in Frankfurt“ habe es „keine kontinuierliche Absprache zwischen Abendroth und der SED“ gegeben. „Konkretisierte Besuchüberlegungen bezogen sich ausdrücklich nicht auf Treffen mit Vertretern des Politbüros, sondern auf Treffen mit ehemaligen Widerstandskämpfern im Rahmen eines Forschungsprojekts“.<sup>35</sup>

Abendroths Schüler, Joachim Perels, wiederum beruft sich in seiner Rechtfertigungseloge für seinen Lehrmeister auf den Abendroth-Schüler Deppe.<sup>36</sup> „In der Zeit des McCarthyismus herrschte der Verdacht über den Beweis“, schreibt Perels in seiner „die neue Herrschaft des Verdachts“ überschriebenen Polemik. „Für die Erzeugung des Verdachts, Abendroth habe die Politik der SED mitbetrieben, werden die Regeln der Quellenkritik außer Kraft gesetzt. Die mindestens zu erwägende Unterscheidung zwischen der Echtheit und der Wahrheit einer Quelle, die jeder seriöse Historiker zu treffen vermag, unterbleibt. Auch eine Vergegenwärtigung des historischen Kontexts, in dem eine



*Was hinten drauf steht*

33 Ebd., S. 39.

34 Ebd., S. 36.

35 Ebd., S. 39.

36 [http://www.dearchiv.de/php/dok.php?archiv=bla&brett=B98\\_10&fn=HVER.A98&menu=b1998](http://www.dearchiv.de/php/dok.php?archiv=bla&brett=B98_10&fn=HVER.A98&menu=b1998).

Quelle steht, wird gar nicht erst versucht. Die Quelle wird als Schnipsel eines vorgefertigten Bildes benutzt. Abendroths wissenschaftlich-politische Position, wie sie sich in seinen Schriften darstellt, bleibt vollständig ausgeblendet; nicht ein einziger Text von Abendroth wird, gleichsam als Lackmустest für das SED-Dokument, herangezogen. Eine Sekundärquelle der SED über Abendroth hat mehr Gewicht als die Objektivationen seiner jahrzehntelangen wissenschaftlichen Arbeit in der Bundesrepublik.<sup>37</sup> Der Lackmустest – also der prüfende Beweis – fällt freilich anhand der Primärquellen wie der oben zitierte Rede Abendroths anlässlich des 17. Juni 1967, in der er die DDR als einen „funktionierenden und prosperierenden sozialistischen Staates auf deutschem Boden“ würdigte oder seine 1973er Beileidsbekundungen für Walter Ulbricht eindeutig aus, ganz zu schweigen von seinem späteren Einsatz zugunsten der DKP.

Doch das ficht nachholende Schönfärber wie Thomas Klein, Mitglied der Historischen Kommission der Linkspartei, keineswegs an. Klein kommt in seinem 2009 veröffentlichten Buch über die „Sozialistische Einheitspartei Westberlin“ mit der Behauptung daher, „im Dienst solcher Anstrengungen einer Umbewertung linksoppositioneller Aktivisten“ stünden „auch zeitgenössische Versuche, etwa Wolfgang Abendroth nachträglich in den Verdacht der Zusammenarbeit mit der SED zu bringen“. In der dazugehörigen Fußnote meint Klein: „Kraushaars derartige weitgehend kontextfreie Interpretation eines Berichts aus der Westabteilung des SED-ZK-Sekretariats (Westabteilung Berlin, Information über Gespräche mit Professor Abendroth/Marburg vom 18.7.1967, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/95) weitete Jochen Staadt ebenso unbelegt wie beiläufig zu der Unterstellung aus, Abendroth habe ‚spätestens seit Herbst 1967 [...] innerhalb der westdeutschen Linken aufgrund konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro‘ gehandelt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.5.1998).“<sup>38</sup> Nebenbei bemerkt existierte eine „Westabteilung des SED-ZK-Sekretariats“ ebensowenig wie ein „Ostbüro der SED“. Als Quelle seiner Erkenntnis über die „Unterstellung“ Staadts verweist Klein auf Fülberths „Überprüfung sämtlicher zugänglicher Dokumente im Bundesarchiv“. So schreibt einer vom anderen ungeprüft ab und verbreitet, was in den eigenen politischen Kram passt.

#### *Die Dokumente im Bundesarchiv über Abendroths Absprachen in Ost-Berlin*

Das Bundesarchiv bewahrt auch die Überlieferungen des Zentralkomitees der illegalen KPD auf. Diese Überlieferungen nutzte Bettina Röhl bereits 2006 in ihrem präzise recherchierten Buch über ihre Mutter Ulrike Meinhof, um die Steuerung und Finanzierung der Zeitschrift *konkret* durch SED und KPD sowie deren Parteiarbeit im SDS zu belegen.<sup>39</sup> In der gleichen Überlieferung befinden sich auch Dokumente über Abendroths Gespräche in Ost-Berlin. Zur Erinnerung hier nochmals Fülberths oben zitierte Persilschein aus dem Jahr 2006, auf den sich hernach Perels, Schöler, Klein und andere Abendroth-Adepten beriefen: „Die Haltung der in die DDR emigrierten Führung der KPD [zur Gründung einer sozialistischen Partei – JS] schien ein mögliches Hindernis,

37 Ebd.

38 Klein, Thomas: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“? Berlin 2009, S. 172. Kleins Buch erschien „mit freundlicher Unterstützung des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam“, dessen Mitarbeiter er bis 2009 war.

39 Röhl, Bettina: So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret. Hamburg 2006, S. 63.

weshalb Abendroth eine Reise nach Ost-Berlin plante, um diese Schwierigkeit auszuräumen. Sie kam nicht zustande.“<sup>40</sup>

Sie kam nicht zustande? Am 28. August 1967 berichtete Heinz Geggel, Leiter der ZK-Westabteilung, Walter Ulbricht unter dem Betreff „Sozialistische Opposition / Abendroth“ über den Fortgang der Programmdiskussion im Arbeitsausschuss der Sozialistischen Opposition. Weiterhin teilte Geggel dem SED-Chef mit: „Prof. Abendroth hat vor kurzem den Wunsch geäußert, Ende September/Anfang Oktober in die DDR zu kommen und die Gelegenheit zu erhalten, mit führenden Genossen unserer Partei eine Aussprache zu führen. In Absprache mit Genossen Albert Norden haben wir Prof. Abendroth bereits eine prinzipielle Zusage gegeben.“<sup>41</sup> Das Gespräch mit Abendroth vertraute Albert Norden dem für die konkrete Umsetzung der SED-Politik in Westdeutschland zuständigen Vorsitzenden der KPD Max Reimann an. Dem Politbüro der KPD lag am 21. September 1967 ein Papier „zur Vorbereitung des Kongresses sozialistischer Gruppierungen am 9. Dezember 1967 in Frankfurt/M.“ vor. Es enthielt den Hinweis, dass auf dieser Konferenz ein „Sozialistisches Zentrum“ gebildet werden sollte. Zur Vorbereitung sei „ein gemeinsamer Arbeitsausschuss, eine Redaktionskommission und ein Organisationskomitee gebildet“ worden. An der Ausarbeitung eines „Aktionsprogramms“ seien Wolfgang Abendroth, Günter Gleisberg, Frank Deppe, Eberhard Dähne und Theodor Bergmann beteiligt. „Am 7.10.1967 tagt der Aktionsausschuss erneut und wird zum Entwurf eines Aktionsprogramms und zur organisatorischen Vorbereitung der Konferenz Stellung nehmen.“ Bis jetzt seien VUS, Sozialistischer Bund, ASO und einige örtliche Gruppen „von sozialistischen Kräften aus der DFU“ beteiligt. „Insgesamt sind diese Kräfte zahlenmäßig schwach und ihr politischer Einfluss gering.“ Der SDS habe sich vom Sozialistischen Bund gelöst und verfolge eine linkssektiererische Linie. „Am 12.8.1967 wurde vereinbart, dass Prof. Abendroth mit den Vorsitzenden des SDS Reiche und Gäng sowie mit Dutschke eine Aussprache herbeiführen soll.“ Es gebe Bestrebungen insbesondere von Dähne, Höhne, Halberstadt, Brakemeier und anderen „zu einer sofortigen Parteigründung zu gelangen“. Sie würden vermutlich versuchen, auf der Konferenz, „die Haltung von Prof. Abendroth und der VUS zu unterlaufen und zu einer sofortigen Parteigründung zu gelangen“. Die Gründung einer sozialistischen Partei zum jetzigen Zeitpunkt würde die notwendigen Diskussionsprozesse „über Weg und Ziel der Arbeiterbewegung“ in den verschiedenen Gruppierungen „stören, ja, geradezu verhindern“. Unter „Massnahmen zur Vorbereitung der Konferenz der sozialistischen Gruppierungen“ wurde entschieden, dass KPD-Funktionäre den Kontakt zu den sozialistischen Gruppierungen nutzen, um den Standpunkt der KPD zu erläutern. Die Bezirksleitungen sollten festlegen, „welche Genossen an der Dezember-Konferenz dieser Gruppierungen teilnehmen, um jenen sozialistischen Kräften zu helfen, die eine Orientierung im Sinne der Aktionseinheit der Arbeiterklasse anstreben. Die Teilnahme von Genossen an der Konferenz ist auch erforderlich, um eine Majorisierung dieser Konferenz zur Gründung einer Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verhindern.“<sup>42</sup>

---

40 Fülberth, Georg: Zu Wolfgang Abendroths angeblichen DDR-Kontakten, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 3/2006.

41 Geggel, Heinz; Westabteilung des ZK der SED: Mitteilung an Walter Ulbricht vom 28. August 1967 betr. Sozialistische Opposition / Abendroth. SAPMO-BArch, IV A2/1002/208, Bestand Westabteilung des ZK der SED.

42 Politbüro des ZK der KPD: Zur Vorbereitung des Kongresses sozialistischer Gruppierungen am 9. Dezember 1967 in Frankfurt/M., Vorlage vom 21. September 1967. SAPMO-BArch, BY 1 / 2855.

Wolfgang Abendroth reiste Anfang Oktober 1967 in geheimer Mission nach Ost-Berlin und einigte sich mit dem KPD-Vorsitzenden Max Reimann darauf, dass es auf keinen Fall zur Gründung einer mit der KPD konkurrierenden sozialistischen Partei kommen dürfe. Damit fiel er seinen sozialistischen Genossen und langjährigen Wegbegleitern um Heinz Brakemeier aus dem Sozialistischen Bund in den Rücken. Aus den Überlieferungen des Politbüros der illegalen KPD geht sogar hervor, dass Abendroth die illegale KPD um aktive Beihilfe bei der Verhinderung einer sozialistischen Parteigründung ersuchte. In der erwähnten Aktennotiz heißt es: „Am 8. Oktober 1967 fand zwischen dem Genossen R. [das war der KPD-Vorsitzende Reimann – JS] und Prof. A. eine Aussprache statt.“ Daran sei auch „Genosse Br. beteiligt“ gewesen. „Die Aussprache betraf den ganzen Komplex der Zusammenfassung sozialistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik, die Durchführung einer Konferenz dieser Kräfte, die Bildung eines Sozialistischen Zentrums.“ Bei der Diskussion über den Entwurf des Aktionsprogramms des Sozialistischen Zentrums habe Abendroth die Kritik an der Unzulänglichkeit des Entwurfs akzeptiert. So habe eine Würdigung der sozialistischen Staaten und der Veränderung der Entwicklung in den letzten 50 Jahren im Weltmaßstab gefehlt. Abendroth habe die „von uns vorgeschlagenen Formulierungen zu diesem Komplex ohne Einschränkungen akzeptiert“. Auch zur Frage der Nation sei man darin einig geworden, dass nämlich „die nationale Frage in dem Maße gelöst werden wird, wie die Arbeiterklasse der Bundesrepublik ihre eigenen Aufgaben im Kampf gegen die staatsmonopolistische Herrschaft löst“. Zur Frage des außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfes habe Abendroth die vorgeschlagene Formulierung akzeptiert. Ein „wesentlicher Punkt in der Diskussion war die Klärung des prinzipiellen Status des Sozialistischen Zentrums“. Es seien in den Entwurf an mehreren Stellen Formulierungen eingefügt worden, die „unzweideutig klarstellten, daß das Sozialistische Zentrum eine gleichberechtigte Zusammenfassung sozialistischer Kräfte darstellt zum Zweck der Koordination ihrer Aufgaben. Die Bildung einer eigenen sozialistischen Partei ist keine aktuelle Aufgabe des Sozialistischen Zentrums.“ Abendroth habe betont, daß er „vollständig mit der Charakterisierung des Sozialistischen Zentrums in unserem Sinne einverstanden sei, daß es aber notwendig wäre, jenen Kräften, die im Sozialistischen Zentrum auf Bildung einer Partei drängen, dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß für die Zukunft die Bildung einer sozialistischen Partei möglich sei und auch notwendig würde.“ Es sei Übereinstimmung erzielt worden, daß bis zu den Bundestagswahlen 1969 „keine solche sozialistische Partei angestrebt werden sollte“. Abendroth sei darüber informiert worden, daß anderen Kräften, die dem Sozialistischen Zentrum angehören „bereits die gleichen Empfehlungen übergeben worden seien“. Abendroth habe das „angesichts der Dringlichkeit“ der Angelegenheit akzeptiert. Abendroth habe auch der angeregten Verschiebung der für den 9. Dezember vorgeschlagenen Konferenz zugestimmt. Er werde in diesem Sinne „intervenieren und alles tun, damit noch eine Verschiebung erreicht wird“.

Die Einladungspolitik zur Offenbacher Konferenz wurde ebenfalls zwischen Wolfgang Abendroth und Max Reimann abgestimmt: „Genosse R. wurde von A. ausdrücklich gebeten mitzuhelfen, daß von unserer Seite aus eine genügend große Zahl und auch entsprechend qualifizierte Kräfte zu der Konferenz kommen möchten“. Man sei sich einig gewesen, dass auch der Initiativausschuss für die Wiederzulassung der KPD zu der Konferenz eingeladen werde. Weiterhin kam es auch zur Erörterung von Finanzproblemen. „A. legte dar, daß der Arbeitsausschuß, der jetzt tätig ist, noch nicht über die genügenden Mittel verfügt, um sofort einen Sekretär einzustellen, der die notwendige Arbeit täglich durchführt.“ Zu weiteren Fragen wurden ebenfalls die Meinungen ausgetauscht. Unter c) heißt es: „R. machte die Mitteilung, daß zur Zeit ein Manuskript ausgearbeitet wird

zu ideologischen Problemen, die es im SDS gibt (Dutschke). R. erörtere mit A., die Möglichkeit der Veröffentlichung dieses Materials in der NK. A. ist bereit, sich mit dem Verfasser des Manuskripts zu unterhalten und Wege zu suchen, um die Arbeit in der NK veröffentlichen zu lassen.“ Abendroth habe angeregt, die KPD solle zum Ableben Brandlers Stellung nehmen, da er doch ein „bedeutender Führer in der Arbeiterbewegung“ gewesen sei, der zwar Differenzen mit der KPD-Führung hatte, „aber niemals die Position des Klassengegners unterstützt habe“. Am 12. Oktober habe R. die Mitteilung erhalte, „daß auf der Arbeitsausschußsitzung am 7. Oktober das Aktionsprogramm breit diskutiert wurde, wo es aber zu keiner Einigung kam“. Eine Kommission werde daran weiterarbeiten. Die für den 9. Dezember vorgesehene Konferenz werde wahrscheinlich nicht stattfinden.<sup>43</sup> Sie wurde verschoben und fand am 3. Februar 1968 in Offenbach statt.

Das KPD-Politbüro in Ost-Berlin hatte bereits im September 1967 einen Beschluss zur Vorbereitung des Kongresses sozialistischer Gruppierungen gefasst, um den gewünschten Verlauf der Konferenz abzusichern. Darin heißt es über die Pläne zur Gründung einer sozialistischen Partei, diese seien „besonders gefährlich und schädlich“. Solche Pläne würden „für den gesamten Kampf um die Verteidigung der sozialen und demokratischen Lebensinteressen des Volkes einen ernsten Rückschlag bringen, den niemand wollen kann außer den Beherrschern der Bundesrepublik und einige mit ihnen verbundene Führer der rechten SPD-Spitze“. Jede Bezirksleitung der illegalen KPD sollte deswegen festlegen, welche KPD-Kader an der Konferenz teilnehmen, „um jenen sozialistischen Kräften zu helfen, die eine Orientierung im Sinne der Aktionseinheit der Arbeiterklasse anstreben. Die Teilnahme von Genossen an dieser Konferenz ist auch erforderlich, um eine Majorisierung dieser Konferenz zur Gründung einer Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verhindern.“<sup>44</sup>

Angesichts dieser Fakten sei hier auf das Fazit des Mitherausgebers der Abendroth-Schriften Uli Schöler verwiesen, der im Rahmen seiner SPD-Parteikarriere von 1992 bis 1996 die Funktion des Sekretärs der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD innehatte. In seiner „Kritik einer Kampagne“ kommt Schöler zum Ergebnis: „Zu glauben, dass die im Sommer 1967 dokumentierten ersten ‚Gesprächspflänzchen‘ den Auftakt zu einer lange währenden gedeihlichen, womöglich konspirativen Zusammenarbeit zwischen Abendroth und dem Politbüro der SED bildeten, ist deshalb schlichtweg unreal, hat mit den realen historischen Entwicklungen und dem tatsächlich Geschehenen nichts zu tun.“<sup>45</sup> Es habe „also nicht nur keine koordinierenden Absprache zwischen der SED und Wolfgang Abendroth“ gegeben, „sondern ihre jeweiligen Optionen liefen sogar diametral auseinander, schlossen sich im Ergebnis gegenseitig aus“.<sup>46</sup>

Über den im Auftrag der Westabteilung des SED-Zentralkomitees an dem „Gesprächspflänzchen“ beteiligten Reisekader Karl-Heinz Jahnke meinte Schöler mitteilen zu müssen, ihm „bekamen im Übrigen seine intensiven wissenschaftlichen Westkontakte nicht besonders“. Er habe nach eigener Darstellung 1971 „acht Jahre Reiseverbot in die BRD

---

43 Politbüro des ZK der KPD: Aktennotiz vom 13. Oktober 1967. SAPMO-BArch, BY 1 / 4259.

44 Beschluss des Politbüros vom 21.9.67 zur Vorbereitung des Kongresses sozialistischer Gruppierungen am 9. Dezember 1967 in Frankfurt/M. SAPMO-BArch, BY 1 / 2855.

45 Schöler, Uli: Die DDR und Wolfgang Abendroth, S. 40.

46 Ebd., S. 43.

und Westeuropa“ erhalten.<sup>47</sup> Tatsächlich erhielt Jahnke 1973 an der Universität Rostock eine Professur für „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und von dem 1971 zur Macht gelangten neuen Ersten Sekretär des SED-Politbüros Erich Honecker den Auftrag, als Leiter eines Autorenkollektivs die „Geschichte der Freien Deutschen Jugend“ zu schreiben. Diese erschien 1982 im Verlag Neues Leben, und Jahnke erhielt dafür den DDR-Nationalpreis. So teuer also kamen ihm seine Westkontakte zu stehen.

Am 3. Februar 1968 kam es dann in Offenbach zur Gründung eines „Sozialistischen Zentrums“, in das auch der „Initiativausschuss für die Wiedermehrung der KPD“ einbezogen war. Der SDS beteiligte sich an dieser Veranstaltung nicht. Abendroth hielt auf der Offenbacher Gründungsveranstaltung das Hauptreferat, das sich kritisch mit der antiautoritären Bewegung auseinandersetzte.<sup>48</sup> Der SDS-Bundesvorstand bedachte die Offenbacher Veranstaltung seinerseits lediglich mit einer Grußadresse und bedauerte darin, dass dort „an traditionellen Organisationsvorstellungen“ festgehalten würde.<sup>49</sup> Ohnehin verfolgte der Studentenbund mit seinem für den 17. und 18. Februar 1968 in West-Berlin geplanten Internationalen Vietnam-Kongress in dieser Zeit ein Projekt von ganz anderer Ausrichtung und Größenordnung.

In der SDS-Zeitschrift *neue kritik* beschrieb Ursula Schmiederer, wie es am 3. Februar 1968 auf der Gründungskonferenz des Sozialistischen Zentrums in Offenbach zugeing: „Gemessen an dem Schlendrian, den man von sozialistischen Veranstaltungen gewohnt ist, lief diese Konferenz wie am Schnürchen. Das nicht-gewählte, selbstbestellte Präsidium leitete und dirigierte die Beiträge so, daß die Diskussion nicht zu lang und nicht zu intensiv wurde. Aber was – außer Detailänderungen – hätte man schon diskutieren sollen? Die Häupter der einzelnen Kartell-Gruppen hatten die vielen Formulierungen und Forderungen des Programms im voraus wohl abgewogen. Das Publikum stimmte ab.“<sup>50</sup> Schmiederer kritisierte das Sozialistische Zentrum als eine von Funktionären im luftleeren Raum gegründete Quasi-Partei ohne Basis. „Die lähmende Inspirationslosigkeit der Konferenz selbst“ sei „die glatte Negation von Bewegung gewesen“ und das beschlossene Programm „ein eklektisches Sammelsurium von meist reformistischen Forderungen, über der Realisierbarkeit wohlweislich nichts gesagt wird.“<sup>51</sup> *Die Welt* berichtete, es sei auf der Offenbacher Konferenz zugegangen „wie auf einem gewöhnlichen Parteitag: Grußadressen, ausländische Gesinnungsfreunde, Gäste, Abstimmungen mit Delegiertenkarten“, und „an den Wänden der Offenbacher Stadthalle hingen Bilder von Marx, Engels, Rosa Luxemburg, Ho Chi Minh und Che Guevara“. Professor Abend-

47 Ebd., S. 44. Schöler entnahm das Jahnke, Karl-Heinz: Rückblick. Forschungen an den Universitäten Greifswald und Rostock (1957–1991) zum Anteil der Jugend am antifaschistischen Widerstand 1933–1945. Rostock 2001.

48 Vgl. Oy, Gottfried: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. „Sozialistische Zeitung“ (1969 bis 1997). Eine 2007 von der Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. in Auftrag gegebene Studie. Abrufbar unter: [www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de/fileadmin/rls.../Papers\\_Spurensuche.pdf](http://www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de/fileadmin/rls.../Papers_Spurensuche.pdf).

49 SDS-BV; Wolff, Karl Dietrich/Wolff, Frank: Rundschreiben 9 - 67/68, Frankfurt/Main. FU Berlin, UA, APO-Archiv, SDS-BV a.o. DK 1968.

50 Schmiederer, Ursula: Anmerkungen zur „Sozialistischen Februarkonferenz“. „Neue Kritik“, Nr. 46, Februar 1968, S. 3.

51 Ebd., S. 4.

roth, der Hauptredner des Gründungskongresses, habe den SDS kritisiert und den sozialistischen Studenten die Lektüre von Lenins *Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus* empfohlen.<sup>52</sup>

Am 30. März 1968 richtete der „Arbeitsausschuß des Sozialistischen Zentrums“ ein Flugblatt an die in Frankfurt tagende außerordentliche Delegiertenversammlung des SDS, in dem für die neugegründete Organisation geworben wurde. Darin wurde angekündigt, dass „mit großer Wahrscheinlichkeit eine ‚Wahlpartei‘ linker Demokraten und Sozialisten“ bei den Bundestagswahlen 1969 antreten werde. Welche Rolle sie spielen könne, hänge von den sozialistischen Kräften der Arbeiterschaft und der Intelligenz ab. Das Flugblatt war namentlich unterzeichnet von Wolfgang Abendroth, Heinz Brake-meier, Eberhard Dähne, Frank Deppe, Kurt Erlebach, Gerhard Gleisberg, Heiner Halberstadt, Hans-Jochen Hauss, Lorenz Knorr und Karl A. Otto.<sup>53</sup> Auf der außerordentlichen SDS-Delegiertenkonferenz versuchte die der illegalen KPD angehörende Fraktion eine Unterstützung des Sozialistischen Zentrums und der beabsichtigten Kandidatur bei den Bundestagswahlen im September 1969 durchzusetzen. Die Mehrheit der Delegierten lehnte dies jedoch ab und beschloss den Bundestagswahlkampf zur Entlarvung des Parlamentarismus zu nutzen.

*Zwischenbemerkung in eigener Sache betr. „politische Denunziation“*

Uli Schöler schrieb in seiner von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Broschüre über die angebliche „Kampagne“ gegen Wolfgang Abendroth, wer „wie Jochen Stadt – bis heute die Behauptung aufrechterhält bzw. sie jetzt nicht angesichts der erschlagenden Fülle das Gegenteil belegender Dokumente zurücknimmt), spätestens seit Herbst 1967 habe Wolfgang Abendroth innerhalb der westdeutschen Linken auf der Grundlage konkreter Absprachen der Zusammenarbeit mit dem SED-Politbüro agiert, [...] muss entweder ganz neue Dokumente vorlegen oder sich gefallen lassen, der politischen Verleumdung geziehen zu werden“.<sup>54</sup> Es bedurfte eigentlich keiner neuen Dokumente. Die von Schöler selbst zitierten Schriftstücke sind aussagekräftig genug. Sein Versuch, deren Inhalte zu Hirngespinnsten von SED-Funktionären im oberen Parteiapparat umzudeuten, mag als vergeblicher Liebesdienst im Kontext der Herausgeberschaft der Abendroth-Schriften noch verständlich sein. Mit böswilliger und diffamierender Absicht setzt Schöler allerdings eine kommentierende Fußnote, die sich auf meinen 1978 erschienenen Debattenbeitrag zu dem von Fülberth und anderen herausgebrachten Buch über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften bezieht. Dieser Sammelband erschien 1977 im DKP-nahen und von der SED finanzierten Verlag Pahl-Rugenstein. Manfred Scharrer löste damals durch seine kritischen Rezensionen des für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit produzierten Buches eine folgenreiche Kontroverse in der Gewerkschaftspresse und in der Zeitschrift *Der Lange Marsch* aus. Frank Deppe versuchte im Vorfeld, die Veröffentlichung von Scharrers Kritik an dem sich weitestgehend in den Bahnen der SED-Geschichtsschreibung bewegendem Sammelbandes zu verhindern.<sup>55</sup> Deppe wandte sich deswegen mit einem Schreiben an den DGB-Vorstand, dem er ein Gutachten Wolfgang Abendroths beifügte, in dem „das Buch einer Marburger

---

52 Linksgruppen. Zum Abschluß die „Internationale“. Sozialistisches Aktionszentrum in Offenbach gegründet. „Die Welt“ vom 5. Februar 1968.

53 Arbeitsausschuß des Sozialistischen Zentrums: An die Delegierten der a.o. DK des SDS, Frankfurt/Main 28.2.1968. FU Berlin, UA, APO-Archiv, SDS\_sig27, SDS-BV a.o. DK 1968.

54 Schöler: Die DDR und Wolfgang Abendroth S. 58.

55 Vgl. Scharrer, Manfred: Über Geschichtsfälschung. „Langer Marsch, Zeitung für eine Neue Linke“, Nr. 38, Nov. 1978, S. 10–13.

Autorengruppe um Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer“ als „die einzige neuere umfassende Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit anempfohlen wurde. Es handele sich bei diesem Sammelband, schrieb Abendroth, um „eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung“. Scharrers Kritik bezeichnete er als „Denunziation“ und „verantwortungslose Diffamierung eines wichtigen Buches“. Es müsse deshalb der Kritik von Scharrer „energisch entgegengetreten und die Verbreitung der ‚Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung‘ von F. Deppe, G. Fülberth und J. Harrer gefördert werden“.<sup>56</sup>

Der Versuch Deppes, die Veröffentlichung der Rezension Manfred Scharrers zu verhindern, scheiterte, trotz der massiven Intervention Wolfgang Abendroths, der in gewerkschaftlichen Kreisen noch immer als Autorität in Sachen Geschichte der Arbeiterbewegung galt. Scharrers Kritik erschien in der DGB-Funktionärszeitschrift *Die Quelle*. In die Kontroverse um das Marburger Gewerkschaftsbuch griffen danach weitere Wissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre ein, darunter Theo Pirker, Soziologieprofessor und Vorsitzender des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin. Pirker, selbst Verfasser einer zweibändigen Gewerkschaftsgeschichte, wandte sich in einem offenen Brief an Frank Deppe und äußerte darin sein Unverständnis darüber, „daß Wissenschaftler in der Bundesrepublik und an westdeutschen Universitäten bestellt und beamtet so schreiben, als wären sie Kandidaten für eine Akademie der Sozialwissenschaften und der Geschichte der Arbeiterbewegung im real existierenden Sozialismus“.<sup>57</sup> Nach weiteren kritischen Stellungnahmen unter anderem von Heinz Brandt (IG-Metall), Hinrich Oetjen (Leiter der DGB-Jugendschule) und Peter von Örtzen (SPD-Parteivorstand) reagierten Willy Bleicher (IG-Metall), Bernt Engelmann (Vorsitzender des Schriftstellerverbandes) und Klaus Fritzsche (Professor für Politikwissenschaft in Gießen) mit einer Unterschriftensammlung „Solidarität mit Wolfgang Abendroth“. Die drei Erstunterzeichner warfen Peter von Oertzen vor, in seiner Buchkritik<sup>58</sup> sowie mit einem Kommentar zu einer im *Argument* Nr. 111 erschienenen Stellungnahme Abendroths zur Inhaftierung Rudolf Bahros in der DDR „denunziatorische Beschuldigungen gegen Wolfgang Abendroth erhoben“ zu haben. Peter von Oertzens angebliche „denunziatorische Beschuldigung“ lautete konkret: „Abendroth steht prinzipiell auf der Seite des politischen Systems des sogenannten ‚realen Sozialismus‘.“ Er halte „die Freiheit der Wissenschaft, der Meinung und der politischen Betätigung nicht prinzipiell für unantastbar, sondern fordert diese Freiheiten nur für die ‚bürgerliche Demokratie‘; dem ‚sozialistischen Staat‘ gesteht er das Recht zu, diese Freiheiten aus politischen Opportunitätsgründen einzuschränken oder – wie in der Praxis der Staaten des ‚realen Sozialismus – gänzlich zu verweigern.“<sup>59</sup>

56 Das Schreiben Abendroths ist abgedruckt in „Langer Marsch, Zeitung für eine Neue Linke“, Nr. 39, Dezember 1978, S. 8.

57 Pirker, Theo: Keine „Akademie der Sozialwissenschaften“! „Langer Marsch, Zeitung für eine Neue Linke“, Nr. 39, Dezember 1978, S.10 f. Zu Theo Pirkers Gewerkschaftsgeschichte vgl.: Die Blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. 2 Bände. München 1960, Nachdruck Berlin 1979. Die Debatte über Abendroth schlug sich in mehreren Ausgaben der Zeitschrift „Langer Marsch“ nieder, beginnend im Juni 1977 mit einem Artikel Theo Pirkers. Pirker wies übrigens schon damals darauf hin, „daß Abendroth die Bildung einer unabhängigen sozialistischen Partei verhindert“ habe. Siehe Langer Marsch, Nr. 3/77.

58 Peter von Oertzens Rezension ist am 11. April 1979 in der „Frankfurter Rundschau“ erschienen.

59 Oertzen, Peter von: Kommentar zum Aufsatz von Wolfgang Abendroth. „Langer Marsch, Zeitung für eine Neue Linke“, Nr. 43, Mai 1979.

Im Zusammenhang dieser Debatte um das Marburger Gewerkschaftsbuch und der Erklärung Abendroths zur Inhaftierung Rudolf Bahros erschien in der Zeitschrift *Langer Marsch* meine Erwiderung auf einen polemischen Artikel Hermann Gremlizas in *konkret*. Gremliza unterstellt darin Kritikern der Marburger Gewerkschaftsgeschichte, sie würden das Geschäft des Verfassungsschutzes betreiben. Ohne den konkreten Debattekontext auch nur zu erwähnen, erlaubt sich Uli Schöler dreißig Jahre später im Jahr 2008 folgende Fußnotensetzung: „Bereits in früheren (noch ‚linksradikal‘ geprägten) Jahren war bei Stadt die Grenze zwischen Frage, Behauptung und Unterstellung nicht immer genau auszumachen. So fragte er in einem Kommentar zum Streit über ein Buch zur Gewerkschaftsgeschichte (das von Abendroth empfohlen worden war) in Bezug auf den Journalisten Gremliza (ohne eine Antwort zu geben): ‚ist Gremliza Stasi-Agent?‘; Vgl. ders., Kein Berufsverbot für Abendroth! Über das Spannungsfeld von Journalismus und Journalle, in: *Langer Marsch* Nr. 44/1979, S. 20.“ Schöler verschweigt absichtlich, um welches Buch sich die Debatte drehte und mit welchen Methoden Wolfgang Abendroth und seine Gesinnungsgenossen die Kritik an dessen fragwürdigem Inhalt zu unterbinden suchten. Schöler verschweigt außerdem, worauf sich meine Erwiderung auf den *konkret*-Herausgeber Gremliza bezogen hat, nämlich auf dessen Polemik gegen die Kritiker des Marburger Geschichtsbuchs Fritz Vilmar und Manfred Wilke, über die Gremliza in *konkret* 6/79 schrieb, sie seien „seit Jahren rastlos tätig, die Verfassungsschutzämter mit nützlichen Hinweisen über ‚kommunistische Unterwanderung‘ zu versorgen“.<sup>60</sup> Auf diese mit einer damaligen SED-Kampagne korrelierenden Diskreditierungsversuch bezog sich die von Schöler zitierte deutlich als Gegenpolemik erkennbare Frage, „ist Gremliza ein Stasi-Agent?“ Schölers Vorhalt, die Frage sei gestellt worden, „ohne darauf eine Antwort zu geben“, ist freilich völlig absurd. Wie sollte denn das 1979 möglich gewesen sein, darauf „eine Antwort zu geben“? In meiner Erwiderung forderte ich Gremliza auf, doch in seiner Zeitschrift eine Diskussion über „das Bündnis zwischen DKP und Marburger Schule in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung“ zu beginnen, und zwar ohne Denunziation!<sup>61</sup> Dazu fand sich der *konkret*-Herausgeber jedoch nicht bereit.

#### *Direkte Anleitung der KPD-Fraktion im SDS aus Ost-Berlin*

Wie bereits für die fünfziger Jahre im Fall der *konkret*-Fraktion um Ulrike Meinhof und Klaus Rainer Röhl belegt, erfolgte die Anleitung der KPD-Fraktion im SDS auch in den sechziger Jahren durch die Jugendkommission des KPD-Zentralkomitees.<sup>62</sup> Das ist sehr anschaulich am Beispiel einer „Vorlage an das Politbüro, Information über die 22. Delegiertenkonferenz (DK) des SDS und einige Schlußfolgerungen“ vom 4. Oktober 1967 nachzuvollziehen. Zur Vorbereitung der KPD-Studenten auf diese 22. Delegiertenkonferenz diente „der Beschluß des Politbüros vom Juni 1967 ‚Zwischenbericht über die Verbesserung unserer Arbeit unter den Studenten‘.“ Die „Konzeption“ der KPD-Fraktion bestand laut dieser Vorlage in der „Einflußnahme auf die Mitgliederversammlung

60 Vilmar (SPD) war langjährig als Referent in der Abteilung Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall tätig und mit seinem 1965 erschienenen Buch über „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“ einer der Pioniere der Friedensforschung. Seit 1975 lehrte er als Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Wilke (SPD) war zu diesem Zeitpunkt Assistent an der Technischen Universität in Berlin und durch die von ihm aufgezeichneten und im Westen veröffentlichten Interviews mit Robert Havemann ein Ärgernis für das SED-Regime.

61 Stadt, Jochen: Kein Berufsverbot für Wolfgang Abendroth. „Langer Marsch, Zeitung für eine Neue Linke“, Nr. 44, Juni 1979.

62 Vgl. ausführlich hierzu Röhl, Bettina: So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret. Hamburg 2006.

(MV) der Gruppen, die Vorbereitung von Anträgen und die Wahl der Delegierten“ sowie in der „Koordinierung des Auftretens verschiedener Gruppen“. Es sei vor der Delegiertenkonferenz ein Artikel an die SDS-Gruppen und einzelne SDS-Mitglieder verschickt worden, in dem man „sich mit falschen ideologischen Positionen im SDS“ auseinandergesetzt habe. An der DK hätten 12 KPD-Mitglieder teilgenommen, „davon 5 als ordentliche Delegierte“, die eine gute Arbeit leisteten. Einer unserer Genossen kandidierte als Bundesvorsitzender.“<sup>63</sup> Die Gegenkräfte auf der DK sahen die KPD-Berichterstatter vor allem in „anarchistischen Kräften (besonders aus Westberlin)“. Diese seien „während der DK von der Presse bewußt hochgespielt“ worden. Insgesamt 31 Delegierte hätten „hinter Dutschke“ gestanden, 24 seien den „Traditionalisten“ zuzurechnen, 11 hätten sich „schwankend aber mehr nach Dutschke“ verhalten und sechs ebenfalls schwankend aber eher zu den „Traditionalisten“ neigend. In der Debatte um eine Resolution zur Aufhebung des KPD-Verbots hätten sich die Marburger auf „unserer Seite“ engagiert. Namentlich erwähnt sind als auf „unserer Seite“ stehend Lederer, Eisner, U. Deppe, Becker, Frank Deppe. Auf der Gegenseite seien vor allem Roth, Rabehl, Dutschke, Wolff und Semler zu erwähnen. Dutschke habe erklärt: „Als Demokrat bin ich für die Wiederezulassung der KPD, als Sozialist bin ich skeptisch und als Revolutionär muß ich sie bekämpfen.“ Die DK habe gezeigt, „daß die marxistischen und leninistischen Kräfte im SDS erstarkt sind“. Neu sei „der Umfang von antikommunistischen und antisowjetischen Äußerungen“ auf dieser DK gewesen.

Unter „Beurteilung unseres Auftretens“ wurde erwähnt, es sei während der DK „eine Fraktion gebildet“ worden, „die regelmäßig zusammenkam, eine Einschätzung vornahm und daraus die nächsten Aufgaben entwickelte. Durch einen Genossen bestand der Kontakt zu einem Genossen der Jugendkommission.“ Es sei weiterhin „auf unsere Initiative“ eine Fraktion der „SDS-Mitglieder mit einer vernünftigen marxistischen Position“ gebildet worden. Wenngleich „Dutschkisten“, Trotzlisten und Maoisten bei der Diskussion über die Resolution zur Aufhebung des KPD-Verbots „auf beschämende Art über die KPD (obwohl alle gegen deren Verbot waren) und die UdSSR“ sprachen, sei „die Diskussion als Erfolg für uns“ zu verbuchen. „Noch nie ist auf einer SDS-DK die Diskussion über die KPD in einer solchen Breite und Intensität geführt worden“. Besonders hervorzuheben sei, „wie sich die Marburger für uns eingesetzt haben, was u.E. zeigt, daß unsere Politik nicht ohne Attraktivität auf sie geblieben ist.“ Kritisch sei festzuhalten, daß die KPD-Fraktion in den praktischen Fragen zwar gut auftrat, „während wir in den theoretischen Diskussionen nicht so gut abschnitten und Dutschke/Krahl/Rabehl den Nimbus der großen Theoretiker, die den Mut haben, alles in Zweifel zu ziehen, behielten“. Dutschke habe sogar geäußert, „es sei nicht sicher, ob die Entwicklung in der DDR und der SU sozialistisch sei“. Eine deutliche „Anti-Sowjet-Haltung“ der Mehrheit „zeigte sich in der Weigerung, einen einigermaßen positiven Antrag zur Oktoberrevolution zu verabschieden“. Der Antrag sei abgelehnt worden, da er keine Kritik an der Sowjetunion enthielt. Daraufhin sprach sich die KPD-Fraktion mit den zur DK eingeladenen sowjetischen Vertretern des Komsomol ab, um mit deren Hilfe doch noch eine Würdigung der Oktoberrevolution herbeizuführen. Als auch dies abgelehnt wurde habe der scheidende Bundesvorsitzende Reimut Reiche ausgerufen: „Es lebe die Große sozialistische Oktoberrevolution! (Das war nicht nur ein Hohn, sondern auch die Offenbarung, daß man zwar die Oktoberrevolution begrüßt, aber die folgende Entwicklung

---

63 Das war Wanja von Heiseler (1938–1997). Er erhielt bei der Wahl des SDS-Bundesvorsitzenden 22 Stimmen, der Antiautoritäre K.D. Wolff 39.

zumindest sehr fraglich findet.)“ In der nächsten Zeit müsse „die Position der marxistischen Minderheit“ gestärkt werden. Dabei stünden die Gruppen Köln, Marburg, Göttingen und München und eventuell auch Hamburg im Mittelpunkt. Als eine weitere Maßnahme wurde der „Austausch von Referenten bei den einzelnen Gruppen mit Einbeziehung von Kapazitäten aus Frankreich und der DDR“ genannt. Zusammenfassend stellte die „Gesamteinschätzung“ der KPD-Fraktion heraus, es sei „ein starker Einbruch des Anarchismus und kleinbürgerlichen Radikalismus zu verzeichnen. (Von einem anarchistischen SDS zu sprechen, wäre jedoch falsch.) Massiv und geschickt wurde mit dem Antikommunismus operiert.“ Die Delegierten aus West-Berlin hätten eine „größere taktische und organisatorische Erfahrung in der Beeinflussung und Steuerung von Tagungen und Kongressen; außerdem waren sie die besseren Rhetoriker mit einer ungeheuren Demagogie und einem höheren Abstraktionsgrad in der Argumentation (geharnischt mit einer Unzahl von Fremd- und Modewörtern), was ihnen den Anschein des Wissenschaftlichen verleiht.“ Da der SDS nach wie vor der politisch profilierteste Studentenverband sei, müsse die Arbeit im Verband „trotz der mehrheitlich anarchistisch-revoluzzerhaften Aussage der SDS-DK“ mit dem Ziel fortgesetzt werden, durch „eine klare Selbstdarstellung“ der KPD-Fraktion „eine Reihe von neuen Genossen“ zuzuführen.<sup>64</sup> Dieses Vorhaben zeitigte parallel zum Zulauf, den der SDS bis Jahresende 1967 an fast allen westdeutschen Universitäten zu verzeichnen hatte, einige Erfolge.

Als Reaktion auf die in verschiedenen sozialistischen Organisationen und im SDS aufkommende Diskussion über eine mögliche Beteiligung an den Bundestagswahlen im Herbst 1969, berief der SDS-Bundesvorstand für den 29. März 1968 eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des Verbandes ein.<sup>65</sup> Die illegale KPD strebte eine Beteiligung an der Bundestagswahl im Rahmen eines Bündnisses linker Gruppen an. Die KPD-Kader im SDS sollten eine Teilnahme des Verbandes an dem Wahlbündnis durchsetzen. Die Ost-Berliner KPD-Führung erarbeitete zur Vorbereitung der außerordentlichen SDS-Delegiertenkonferenz im März 1968 eine Konzeption, die auch Angaben über die konkrete organisatorische Planung der KPD-Fraktion im SDS enthält. Im ZK-Sekretariat der KPD wurde die „Durchführung eines Seminars mit Genossen Studenten“ am 6. März 1968 mit der bevorstehenden Delegiertenkonferenz des SDS begründet. Aus der Überlieferung geht hervor, dass an den Universitäten in München, Köln und Hamburg bereits KPD-Parteigruppen bestanden. Aus anderen Städten sollten einzelne „Genossen Studenten“ eingeladen werden. Im Anhang des Schriftstückes findet sich eine „Information zur bevorstehenden außerordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS“. Darin wurde unter anderem

- die „Teilnahme aller Gen. Studenten“ an der SDS-Delegiertenkonferenz vorgesehen;
- der „Besuch einer Reihe von Gruppen und Mitgliederversammlungen, um unseren Einfluß über das bisherige Maß auszudehnen;
- Landesseminar in NRW zur Vorbereitung der a.o. DK;
- Vorbereitung von Anträgen (Arbeiterbewegung – Studentenbewegung; Charakter und Perspektive der außerparlamentarischen Opposition;“

---

64 Jugendkommission des ZK der KPD: Vorlage vom 4. Oktober 1967 an das Politbüro, Information über die 22. Delegiertenkonferenz (DK) des SDS und einige Schlußfolgerungen. SAPMO-BArch, BY 1 / 2857.

65 SDS-BV; Wolff, Karl Dietrich/Wolff, Frank: Rundschreiben 9 - 67/68 vom 4. Februar 1968. FU Berlin, UA, APO-Archiv, SDS-BV a.o. DK 1968.

- sowie am „23.3./24.3. Seminar der SDS-Gruppe Marburg zum Thema a.o. DK, zu dem alle progressiven Kräfte des SDS eingeladen werden;
- in Absprache mit Erwin / Berger [Decknamen] findet hier am 19./20.3.1968 eine Beratung mit 5 Gen. Studenten statt, auf der unser endgültiges Konzept für die a.o. DK diskutiert wird“.<sup>66</sup>

Keiner der ehemaligen Parteigänger der illegalen KPD im SDS hat sich übrigens bislang über die direkte Anleitung der Fraktionstätigkeit im SDS aus Ost-Berlin geäußert.

Folgender Vorgang mag diese direkte Anleitung beispielhaft verdeutlichen: Der Abteilungsleiter des Arbeitsbüros im SED-Zentralkomitee Max Spangenberg schrieb am 20. März 1968 an Albert Norden, er habe die zuständigen Leute im KPD-Zentralkomitee auf Bestrebungen hingewiesen, auf der anstehenden außerordentlichen SDS-Delegiertenkonferenz eine Solidaritätserklärung mit den protestierenden Studenten in Polen und in der ČSSR zu verabschieden. Spangenberg regte deswegen an: „Studentengruppen, die unter dem Einfluß der KPD stehen, treten mit einer prinzipiellen Erklärung über die völlig unterschiedlichen Inhalte und Zielstellungen der Studentenproteste und Demonstrationen in Westdeutschland und Westberlin gegen die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam und die Unterstützung durch die Parteien der Großen Koalition, gegen Reaktion, Neonazismus und Notstandsregime in der Bundesrepublik und andererseits der Krawalle und Zusammenrottungen von mißgeleiteten Studenten in der Volksrepublik Polen und der ČSSR gegen den gesellschaftlichen Fortschritt, gegen den Sozialismus, gegen die Macht der Werktätigen vor die Öffentlichkeit. [...] Die Genossen der KPD begrüßten diese Anregung und leiteten sofort Maßnahmen ein, um die SDS-Gruppe Köln zu einem solchen Schritt zu veranlassen.“<sup>67</sup> Vermutlich befand sich unter den „5 Gen. Studenten“, die am 19. und 20. März 1968 in Ost-Berlin mit den zuständigen Leuten aus der KPD-Führung über deren „endgültiges Konzept für die o.a. DK diskutiert“ haben, auch ein Kölner SDS-Mitglied.

Auf der SDS-Delegiertenkonferenz kursierte dann ein Papier über „die Studentenunruhen in Polen“, das voll und ganz den SED-Anregungen entsprach. Das Papier beschrieb die Situation in Polen, nahm zu den verschiedenen politischen Strömungen Stellung und wandte sich gegen eine Solidarität von Berliner Gruppen der APO, denn „pauschale Solidaritätserklärungen [...] müssen als unmarxistisch und idealistisch zurückgewiesen werden; in ihrer Unausgewiesenheit und fehlenden Analyse des tatsächlich Vorgefallenen nützen sie den Aufweichungsideologen des Kalten Krieges und der bürgerlichen Reaktion in den sozialistischen Ländern, die den Kapitalismus restaurieren will.“<sup>68</sup> Mit Genugtuung berichtete die KPD-Fraktion nach Ost-Berlin: „Die von Rabehl (Westberlin) geforderte Diskussion über Studentenunruhen in Warschau fand nicht statt.“ Auch ein zweiter Versuch von Tilman Fichter, unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ doch noch „die Studentenunruhen in Polen zu behandeln“, sei fehlgeschlagen. Es

66 Information zur bevorstehenden außerordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, in: KPD, Sekretariat des Zentralkomitees: Beschlußprotokoll der Sekretariatssitzung vom 18. März 1968. SAPMO-BArch, BY 3105.

67 Spangenberg, Max: Arbeitsbüro des ZK: Schreiben vom 20. März 1968 an Albert Norden betr. Herbeiführung von Stellungnahmen von SDS-Gruppen gegen ČSSR- und Polen-Entwicklung. SAPMO-BArch IV A2/2028/16, Bestand Büro Norden.

68 Die Studentenunruhen in Polen, verfaßt für die a.o. DK 1968 des SDS am 30. März 1968. FU Berlin, UA, APO-Archiv, SDS-BV a.o. DK 1968.

habe zu diesem Punkt „während der DK keine Diskussion und keinen Beschluß“ gegeben.<sup>69</sup>

Die 26-seitige Information der KPD-Fraktion im SDS an das KPD-Zentralkomitee in Ost-Berlin enthält unter anderem folgende Angaben zu den Kräfteverhältnissen auf der SDS-Delegiertenkonferenz: Der „marxistische Flügel“ im SDS sei insgesamt mit 27 Delegierten vertreten gewesen, das antiautoritäre Lager mit 53. Als „schwankend“ seien neun Delegierte einzuschätzen. „Unter den Delegierten befanden sich 8 Genossen. Ferner waren 18 Genossen Studenten als Gäste anwesend.“ Die KPD-Fraktion startete am 30. März 1968 einen Versuchsballon und verbreitete unter den Delegierten den „Entwurf einer Resolution zum TOP ‚Denunziation‘ (Gruppe Bonn)“. Darin wurde der Antrag „ein Ausschlußverfahren gegen Rudi Dutschke nach § 12 der Satzung des SDS einzuleiten“. Zur Begründung verwiesen die Antragsteller auf ein Interview Dutschkes mit dem Wirtschaftsmagazin *Capital*, in dem er auf die Frage, ob es SDS-Gruppen gäbe, die von kommunistischer Seite Geld erhielten, geantwortet habe, die SDS-Gruppe in Köln „soll nach Gerüchten mit DDR-Geldern unterstützt werden“. Er selbst nehme kein Geld „aus der DDR, der Sowjetunion oder anderen kommunistischen Quellen“. Die Bonner Antragsteller begründeten ihr Ausschlussbegehren gegen Rudi Dutschke mit der Behauptung, seine Äußerungen dienten der antikommunistischen Propaganda, dem Vorgehen des Verfassungsschutzes gegen den SDS, sie seien „objektiv gegen den Verband gerichtet und offen konterrevolutionär“.<sup>70</sup> Der Antrag, über den Resolutionsentwurf der Gruppe Bonn zu diskutieren, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch der Versuch von Kurt Steinhaus (SDS Marburg) scheiterte, in der Antragskommission einen Untersuchungsausschuss gegen Dutschke zu beantragen. In der Sitzung „unserer Fraktion“ meinten die KPD-Leute danach, dass man die Diskussion über „Antikommunismus im SDS“ von der personellen Ebene auf die allgemeine Ebene bringen müsse.

Selbstkritisch heißt es weiter in dem Bericht der KPD-Fraktion an das Zentralkomitee in Ost-Berlin, die Annahme der Anträge gegen eine Beteiligung an den kommenden Bundestagswahlen bedeute „für die Marxisten im Verband eine Niederlage, da sie ihr Minimalziel den Beschluß über Nichtbeteiligung zu verhindern, nicht erreicht haben“. Die Diskussion sei auf einem „nie dagewesenen ideologischen Tiefpunkt“ geführt worden. „Auf die von Marxisten vorgebrachten sachlichen Argumente und Beiträge erfolgten keine sachlichen Erwiderungen, sondern teilweise sogar von Haßgefühlen getragene Allgemeinplätze und Vorwürfe.“ Es könne nicht mehr von einer sozialistischen Position der Antiautoritären gesprochen werden. Sie gingen in ihrer Analyse nicht mehr von der Analyse der Klassenkräfte aus, „sondern von der Struktur der Herrschaftsmechanismen. Ihre theoretische Position erarbeiten sie sich nicht primär auf der Grundlage der Schriften von Marx, Engels und Lenin, sondern anhand der Arbeiten von ‚Neomarxisten‘ wie Horkheimer, Marcuse, Bloch u.a.“ Der Bericht spricht dennoch von einer wachsenden Stärke der KPD-Fraktion im SDS. Allerdings sei es nicht gelungen, den rätedemokratischen Vorstellungen der Antiautoritären wirksam entgegenzutreten. „Der Nachteil unserer Position bestand darin, daß wir diesen Räte- und Selbstorganisationsvorstellungen

---

69 Steffens [Deckname der Jugendkommission beim ZK der KPD]: Information vom 9. April 1968 über die außerordentliche Delegiertenkonferenz des SDS vom 29.–31. März in Frankfurt/Main. Enthalten in: KPD, Sekretariat des Zentralkomitees: Protokoll der Sekretariatsitzung vom 30. April 1968, 13.00 Uhr. SAPMO-BArch, BY 3107. Der Hinweis auf die Bedeutung des Decknamens „Steffens“ im ZK-Apparat der KPD ist Wilhelm Mensing und Rudolf van Hüllen zu verdanken.

70 Der Resolutionsentwurf der Gruppe Bonn befindet sich ebenfalls in der Akte FU Berlin, UA, APO-Archiv, SDS-BV a.o. DK 1968.

nur eine Negativ-Argumentation, d.h. die Kritik entgegensetzen konnten.“ Dazu „müssten wir im wesentlichen den Programmwurf unserer Partei übernehmen und natürlich ein Organisationsmodell leninschen Typus“. Das aber sei sogar in der „marxistischen Fraktion“ noch nicht mehrheitsfähig. Der richtige Weg müsse hier bald gefunden werden. Zunächst gehe es weiter um die „Gewinnung der Mehrheit des SDS“, wozu zwei Dokumente im Verband zur Diskussion gestellt werden sollten, eine Selbstdarstellung des SDS als sozialistischer Hochschulverband sowie „eine Ausarbeitung zur Strategie und Taktik des Kampfes um Demokratie und Sozialismus in der BRD bei Herausstellung unseres Organisationsmodells (Gesamtkonzept: Weg zum Sozialismus). Für beide Dokumente müßte eine Hilfe seitens der DDR angestrebt werden.“ Da es sich gezeigt hätte, dass „dort, wo wir Parteigruppen haben“, Erfolge zu verzeichnen seien, sollten weitere Parteigruppen an Hochschulen gebildet werden, an denen KPD-Mitglieder studieren. Das sei zum Beispiel in Frankfurt, Münster, Bochum und Bonn „durch Neuaufnahmen“ möglich.<sup>71</sup>

Die Niederschlagung des Prager Frühlings und die DKP-Gründung im September 1968 beendeten das Projekt „Sozialistisches Zentrum“ endgültig.<sup>72</sup> Die Rechtfertigung des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR durch die illegale KPD führte zum definitiven Bruch mit der undogmatischen Linken und jenen Linkssozialisten, die ihre politischen Zukunftsperspektiven nicht wie Wolfgang Abendroth mit der Entwicklung eines „prosperierenden sozialistischen Staates“ in der DDR verbanden. Am 21. Oktober 1968 erklärten „20 Genossen des Kölner SDS sowie weitere Studenten“ in einem namentlich gezeichneten Flugblatt ihren Beitritt zur DKP. Das Flugblatt polemisierte gegen die „pseudointellektuelle Demagogie“ der „linken Leute von rechts“. Diese würden das antikommunistische Geschäft von Kiesinger, der „sozialdemokratischen Opportunistenclique“ und des Springer-Verlags betreiben. Diese Leute müssten „sich objektiv unter die Agenten der Konterrevolution verrechnen lassen“. Wenig später erschien in Köln ein weiteres mit SDS überschriebenes Flugblatt, in dem bekanntgegeben wurde, dass eine „Hochschulgruppe der DKP gegründet“ worden sei. Zu den Unterzeichnern gehörten Rainer Voss, Elfi Rosenstrauch und andere.<sup>73</sup>

Die KPD-Fraktion im SDS reiste am 16. November 1968 mit dreizehn Leuten zur Fortsetzung der 23. SDS-Delegiertenkonferenz nach Hannover. Die KPD-Leute hielten es aber nicht für sinnvoll, in die chaotisch verlaufende Diskussion einzugreifen und berichteten darüber nach Ost-Berlin, „der Verlauf der Diskussion am ersten Tag der DK“ habe „gezeigt, daß kein minimaler Nenner für eine gemeinsame Diskussion mit den Antiautoritären mehr vorhanden war“. Bereits auf dem vorbereitenden Treffen der KPD-Fraktion, das am 9. und 10. November 1968 in Nordrhein-Westfalen stattfand, war die Gründung eines neuen Studentenverbandes erörtert worden. Unmittelbar nach der Hannoveraner SDS-Delegiertenkonferenz verfassten Mitglieder der KPD-Fraktion im SDS ein Positionspapier, das dem KPD-Politbüro in Ost-Berlin zuging. Es trug die Überschrift

71 Steffens [Deckname der Jugendkommission beim ZK der KPD]: Information vom 9. April 1968 über die außerordentliche Delegiertenkonferenz des SDS vom 29. – 31. März in Frankfurt, SAPMO-BArch, BY 3107.

72 Vgl. zur Vorgeschichte der DKP-Gründung: Müller, Hans-Peter: Gründung und Frühgeschichte der DKP im Licht der SED-Akten. In: Schroeder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 2. Berlin 1994, S. 251.

73 NN; Politbüro des ZK der KPD: Information und Einschätzung der Fortsetzung der 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS in Hannover, vom 16. bis 18. 11. 1968, datierend vom 25. November 1968. SAPMO-BArch, BY 1 / 3891.

„Probleme bezüglich der Gründung eines eigenen marxistischen Studentenverbandes“. Darin wird erklärt, die Mitgliedschaft des „Rest-SDS“ bestehe zu 90 Prozent aus Antiautoritären bzw. Linkssozialisten und Trotzisten. Es werden elf Städte genannt, in denen es bereits eigene Gruppen gebe, zudem wird ein Fraktionsseminar am 30. November und 1. Dezember 1968 in Frankfurt am Main angekündigt, auf dem das weitere Vorgehen beraten werden sollte.

Im Ergebnis dieser Beratung gründeten die DKP-Hochschulgruppen am 12. Januar 1969 die Assoziation Marxistischer Studenten – Spartakus (AMS), aus der im Mai 1971 der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus hervorging. Gemeinsam mit dem auf SED-Kurs übergegangenen Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB)<sup>74</sup> dominierte der MSB in den siebziger Jahren zahlreiche Studentenvertretungen an den westdeutschen Universitäten und den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS). Nach eigenen Angaben hatte der MSB Spartakus zeitweise über 6 000 Mitglieder. Nachdem ihm durch die friedliche Revolution in der DDR das geistige Hinterland und die Geldgeber abhanden gekommen waren, löste sich der Verband im Juni 1990 auf.

Wolfgang Abendroth und einige seiner Schüler schlossen sich in den siebziger Jahren dem DKP-Lager an und unterstützten 1969 das DKP-gesteuerte Wahlbündnis Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF), das es bei der Bundestagswahl im September 1969 mit 209 180 Erststimmen auf einen Stimmenanteil von 0,6 Prozent brachte. Jupp Schleifstein, Abendroths Verbindungsmann aus dem Politbüro der illegalen KPD, kehrte 1968 aus der DDR nach Westdeutschland zurück und sorgte als Mitglied des DKP-Parteivorstandes und Chef des „Instituts für Marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF) in Frankfurt am Main für die ideologisch korrekte Ausrichtung des runderneuerten SED-Ablegers im Westen. Dem Beirat des überwiegend mit DDR-Geldern finanzierten DKP-Instituts gehörte später auch ein Teil der Marburger Abendroth-Schule an; neben dem Meister selbst seine Schüler Frank Deppe, Georg Fülberth, Lothar Peter und Frank Steinhaus. Auch das Frankfurter IMSF stellte nach dem Wegfall der SED-Gelder 1990 in aller Stille seine Arbeit ein.

*Teil III folgt in der kommenden ZdF-Ausgabe*

---

74 Die SPD untersagte 1972 dem 1960 gegen den SDS gegründeten Verband die weitere Führung des Namens „Sozialdemokratisch“ woraufhin er sich in Sozialistischer Studentenbund (SHB) umbenannte. Vgl. zum Übertritt des SHB auf SED-Kurs Staadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Berlin 1993, S. 289 ff.